

Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

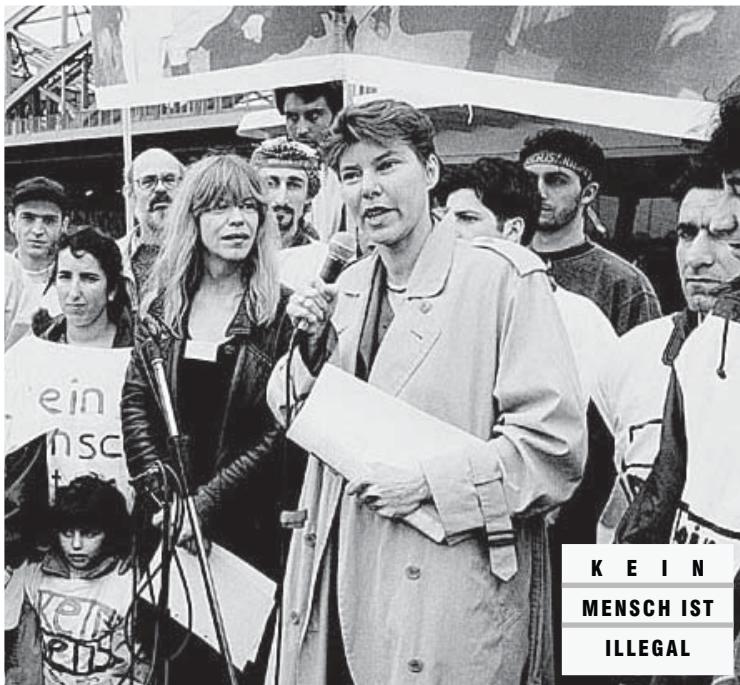


„.... MEINEN
WIR, DASS
DAS MAI
GESTOPPT
WERDEN
MUSS“

S. 4

„DER
WIDERSTAND
MUSS
STÄRKER
WERDEN!“

S. 15



Aktuell aus Politik und Wirtschaft

Aktuell in Bonn	2
DVU kommt in den Landtag von Sachsen-Anhalt	3
OB-Wahlen in Leipzig	3
Kongress: Widerstand gegen das MAI	4
Zu Kanthers Plänen: „Zeig mir dein Gen“	5
PDS-Entwurf eines Strafrechtsdemokratisierungsgesetzes	6
Solidaritätsveranst. mit kurdischen Flüchtlingen in Karlsruhe	6
Bremen verbietet Deutsch-Kurdischen Solidaritätsverein	7

Auslandsberichterstattung

Türkei/Kurdistan: Streit und Legenden um Semdin Sakik	8
2. Brüsseler Konferenz der Euromärsche	9
Lateinamerika: Alternativgipfel lehnt AFTA ab	10
Meldungen	11

Regionales West und Ost

Lokaler Widerstand	12
Hamburg: Zunehmender Protest an Schulen	13
Hamburg: Aktionstag gegen Diskriminierung Behindter	14
Regensburg: Antifaschistischer Gedenktag	14
Köln: „Kein Mensch ist illegal“ – Aktionstag auf dem Schiff	15
Herne: Kampf gegen das AsylBLG	15
O-Ton: Berliner Bezirksreform ..	16
Kommunale Politik	17

Aus Betrieben und Gewerkschaften

Was war?	18
HBV Berlin: Gegen Ausnahmen beim Ladenschluß	19
Tarifkampf bei Coca Cola	19
Streik bei der hdv-Druckerei: Tarifbindung erkämpft	20
Thyssen zahlt und setzt sich durch	21

Diskussion und Dokumentation

In und bei der PDS:	
BaWü: Winfried Wolf auf Spitzenplatz für Landesliste gewählt ..	22
München: AG Interkulturelle Solidarität	22
Dokumentiert: Die RAF erklärt ihre Auflösung	23

Termine	28
---------------	----

IN BONN LAUSCHANGRIFFE:

Kritik an dem von der Bundesregierung vorgelegten Bilanz „Kleiner Lauschangriffe“ im Jahr 1997 hat der grüne Bundestagsabgeordnete Manfred Such Mitte April vorgebracht. Telefonüberwachungen und andere Lauschangriffe seien offenbar im vergangenen Jahr in unverändert hohem Umfang durchgeführt worden. „Über Ermittlungserfolge, Auswirkungen auf die Betroffenen sowie wichtige Begleitumstände tappen Ermittlungsbehörden und die Bundesregierung jedoch weiterhin im Dunkeln.“ Das ergebe sich aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen. Die Auskunft der Bundesregierung beinhaltete allerdings wegen langer Meldefristen bisher erst die Ergebnisse des Generalbundesanwalts (GBA), des Bundeskriminalamts sowie von 10 der 16 Bundesländer, während die sonstigen Rückmeldungen der Telekom und der Mobilfunkanbieter noch ausstünden. „Daraus ergibt sich, daß 1997 Telefonüberwachungen in 1.227 Ermittlungsverfahren des BKA (34) und der zehn Länder (1.193) angeordnet wurden, von denen 257 Verfahren durch das BKA ausgeführt wurden. Darauf wurde die Überwachung von 377 (BKA) bzw. 116 (GBA) Anschläßen angeordnet, darunter außer von Fax- und Telex-Anschläßen auch von zahlreichen öffentlichen Telefonzellen. Dreiviertel der Überwachungsanordnungen etwa des BKA ergingen nicht gegen konkret Beschuldigte, sondern gegen Dritte („mögliche Nachrichtenübermittler“). Daß je ein Überwachungsantrag abgelehnt wurde, ist der Bundesregierung nicht bekannt geworden ... Wie viele Straftaten mit Hilfe dieser Maßnahmen aufgeklärt und Täter überführt werden konnten, ist der Bundesregierung ebenso unbekannt wie die Zahl der insgesamt ergangenen Anordnungen, der betroffenen Anschläge, der dabei belauschten Telefonate und Personen (v.a. auch Journalisten, Anwälte und andere Berufsgeheimnisträger) und vieles andere mehr. Dabei hatte der Bundestag die Bundesregierung kürzlich anlaßlich der Verabschiedung des Großen Lauschangriffs aufgefordert, jährlich eine genauere Lausch-Bilanz vorzulegen.“ Die Bundesrepublik sei auf dem Wege zum „Lausch-Weltmeister“. Beim BKA habe die Zahl der „Wanzen“, Observatoren und dergleichen 1997 um 800% gegenüber dem Vorjahr zugenommen.

MAD: Der „Militärische Abschirmdienst“ (MAD) der Bundeswehr konnte bisher „keine rechtsextremistischen Strukturen“ in der Bundeswehr feststellen. Das jedenfalls behauptete MAD-Präsident von Hoegen am 22. April vor dem Untersuchungsausschuß des Bundestages. „Im Gegensatz zu linksextremistischen Zellen der 70er Jahre“ seien vom seinem Dienst bisher solche oder ähnliche Strukturen von „Rechtsextremisten“ nicht festgestellt worden. Rechtsextreme

mistische „Tendenzen“ freilich hat der MAD schon bemerkt, angeblich vor allem unter Wehrpflichtigen. 85% der festgestellten „Rechtsextremisten“ seien Wehrpflichtige, 13% Zeitsoldaten und 1,5% Zivilangestellte. Womit Berufsoffiziere fein raus wären. Die vergnügen sich vermutlich nur in den vom MAD offenbar als harmlos eingestuften Traditionsvverbänden der Wehrmacht.

KURDEN: Trotz der von Bundesinnenminister Kanther vor Monaten angekündigten und als verbrecherisch eingestuften „Flutwelle von Kurden“ an deutschen Grenzen hat die Bundesregierung bisher keinen einzigen illegalen kurdischen Flüchtling festgestellt. Das geht aus einer Anfrage der PDS hervor, die die Regierung jetzt beantwortete (Ds. 13/10404). Angeblich, weil der BGS nur nach der (z.B. irakischen oder türkischen) Staatsangehörigkeit frage, nicht aber nach Nationalität. Außerdem würden die Flüchtlinge ohnehin notorisch falsche Angaben über ihre Herkunft und ihren Fluchtweg machen, hat man in Bonn noch bemerkt. Trotzdem ist man in Bonn in intensiven Gesprächen mit der türkischen Regierung und verbessert die Zusammenarbeit mit der Polizei des Folterregimes ständig weiter, ist der Antwort der Bundesregierung zu entnehmen.

NIGERIA-FUßBALL: Das Fußball-Länderspiel zwischen der deutschen Nationalmannschaft und der Mannschaft Nigers am 22. April verstieß gegen Sanktionen der EU. Darauf hat die Bundestagsfraktionen der Grünen hingewiesen. „Guter Fußball lebt vom Fairplay; Grundvoraussetzung für eine zivile Gesellschaft ist die Beachtung der Menschenrechte. Da diese seit Jahren unter Präsident Abacha mit Füßen getreten werden, hat die EU seit 1995 Sanktionen verhängt, die auch einen Sportboykott beinhalten. Das Länderspiel durchbricht den von der EU beschlossenen Sportboykott und verstößt damit ohne Zweifel gegen geltendes EU-Recht. Aus diesem Grund rufen wir zur Solidarität mit dem durch die Militärdiktatur geschundenen und unterdrückten Volk Nigers auf und schließen uns dem Motto von amnesty international an: „Fußball ja, Folter nein!““ Der DFB solle wenigstens vor Spielbeginn eine Gedenkminute für die Opfer der Militärdiktatur abhalten, forderten die Grünen – vergeblich.

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Am 30. April berät der Bundestag u.a. über Vermögensbildung, über Anträge zur Bekämpfung von „Scheinselbständigkeit“ und ungeschützten Teilzeitjobs. Abends berät der CDU-Vorstand über das umstrittene, von Schäuble vorgelegte „Zukunftsprogramm“. Am 2. und 3. Mai beschließen die EU-Staats- und Regierungschefs in Brüssel über die Einführung des EURO. Vom 17. bis 19. Mai ist CDU-Bundestags-Wahlparteitag in Bremen.

Die DVU kommt in den Landtag von Sachsen-Anhalt!

Von Matthias Gärtner

Wenige Tage vor der Landtagswahl war in den Parteizentralen und der Staatskanzlei in Sachsen-Anhalt eine nervöse, zum Teil hektische Stimmung ausgebrochen. Grund waren Wahlumfragen, die die neofaschistische DVU nach dem 26. April 1998 im Landtag von Sachsen-Anhalt sahen. Auf einmal will man von CDU bis Bündnisgrüne ein sogenanntes „Bündnis gegen rechts“ schmieden. Schnell hat man dann auch schon die Gründe erkannt und einen Sündenbock gefunden. Nicht die katastrophale Lage auf dem Arbeitsmarkt, nicht die in den letzten Jahren vorangeschrittene Verharmlosung von Rechtsextremismus, nicht die von CDU, FDP und SPD betriebene Kampagne gegen Flüchtlinge und nicht das riesige Potential der Nichtwählerinnen und Nichtwähler – 1994 waren nur 54% der Wählerinnen und Wähler an den Urnen – sind die hauptsächlichen Ursachen für das Anwachsen rechtsextremer Stimmenanteile, sondern die PDS soll schuld sein. Selbst der bündnisgrüne Fraktionschef Tschiche gab sich als Kronzeuge für solche Interpretationskünste her. Er ist der Meinung, daß die PDS ihr Protestpotential nicht mehr für sich mobilisieren kann und damit Stimmen an die Neonazis abgibt.

Damit wollte sich das Bonner und Magdeburger Establishment den Persilschein ausstellen. Welch' eine Demagogie! Die PDS Sachsen-Anhalt war die

einige Kraft im Land, die in den letzten acht Jahren parlamentarisch und außerparlamentarisch immer wieder die neofaschistische Gefahr öffentlich thematisiert und aktiven Widerstand gegen diese Entwicklungen geleistet hat. Dafür mußte sie sich wiederholt insbesondere von SPD und CDU anhören, daß die PDS dramatisieren würde.

Nun haben wir das Ergebnis auf dem Tisch. Die neofaschistische DVU hat mit 12,9% einen erdrutschartigen Sieg zu verbuchen. Erstmals zieht sie in den neuen Bundesländern und in einem Flächenland in das Parlament ein. Ein Großteil der Stimmen kam von männlichen Jungwählern und aus dem NichtwählerInnenpektrum (über 100 000 Stimmen).

In der Endkonsequenz kann die Reaktion auf dieses Wahlergebnis nur darin bestehen, daß klare linke Mehrheiten im und außerhalb des Parlaments für eine sozialere, ökologischere und für antifaschistische Politik zustandekommen. Mit linken Alternativen und Kompetenz müssen die sozialen Defizite bearbeitet werden, die die DVU mit rechter Demagogie besetzen will. Auch künftig muß die Devise für Antifaschistinnen und Antifaschisten lauten, daß das Vorgehen gegen alte und neue Nazis nicht die alleinige Aufgabe von Polizeieinsätzen ist, sondern daß mit Zivilcourage und öffentlichem Widerstand diesen Kräften entschieden entgegengetreten wird.

Matthias Gärtner, ist Abgeordneter der PDS im Landtag von Sachsen-Anhalt

OB-Wahlen in Leipzig:

Fast 30 Prozent wählen den PDS-Kandidaten

Von Dietmar Pellmann

Am 26. April wurde der SPD-Kandidat Wolfgang Tiefensee im zweiten Wahlgang erwartungsgemäß zum Leipziger Oberbürgermeister gewählt. Die eigentliche Überraschung stellte das Abschneiden des PDS-Kandidaten Lothar Tippach dar, auf den 29,8% der Stimmen entfielen. Bei weiter zurückgegangener Wahlbeteiligung konnte Tippach erneut einen absoluten Stimmenzuwachs verbuchen. Auf den CDU-Kandidaten entfielen nur noch 17%. Im Vorfeld hatte die Leipziger CDU stadtweit 1500 Plakate mit der Lösung „Soviel PDS hat Leipzig nicht verdient“ anbringen lassen. Dies erwies sich

als klassisches Selbsttor. Die einst von Pfarrer Hintze initiierte Rote-Socken-Kampagne gegen die PDS fand so in Leipzig eine Neuauflage. Aus den ersten Stellungnahmen des neuen Oberbürgermeisters läßt sich entnehmen, daß das Wahlergebnis für Lothar Tippach für die Leipziger SPD keinesfalls Anlaß ist, ihren Kurs der Ausgrenzung der PDS zu überdenken. Ob diese Rechnung mittelfristig aufgeht, ist eher zweifelhaft, weil dies voraussetzen würde, daß die CDU auch künftig im Schlepptau der SPD verharren müßte und damit Gefahr liefe, bei künftigen Wahlen noch weiter nach unten durchgereicht zu werden.

Dr. sc. Dietmar Pellmann ist Vorsitzender Leipziger PDS.

ARBEITSKREIS ANTIFASCHISMUS MAGDEBURG: Nachdem am frühen Sonntagabend der Einzug der neofaschistischen DVU in den Landtag von Sachsen-Anhalt feststand, zogen auf Initiative des „Arbeitskreises Antifaschismus“ ca. 250 Menschen zum Landtag, um dort ihren Protest gegen den Einzug der DVU in das Landesparlament kundzutun.

SprecherInnen von PDS, Falken und Jusos betonten die Notwendigkeit der Ächtung der DVU und ihrer Politik in der Landtags- und Medienöffentlichkeit.

Der Sprecher des „Arbeitskreises Antifaschismus“, Phillip Stein, wies darauf hin, daß es der DVU gelungen sei, vor allem die rechte Jugendsubkultur zur Wahl zu mobilisieren. Mit ca. 3 Millionen Mark investierte die DVU mehr Geld als jede andere Partei in den Wahlkampf. Ihr Erfolg gründet sich nicht auf politische Arbeit, sondern auf rechten Populismus. Gerade dies jedoch macht sie gefährlich.



VVN-BDA: Wahlausgang ist alarmierendes Ergebnis rechtspopulistischer Stimmungsmache und sträflicher Unterschätzung der Rechtskräfte Der alarmierende Einzug der neofaschistischen DVU in den Landtag von Sachsen-Anhalt mit einem derart hohen Stimmanteil ist das Ergebnis der Förderung rechtsradikaler Kräfte durch rechtspopulistische Stimmungsmache, wie sie auch von Politikern etablierter Parteien und in Massenmedien betrieben werden. Hinzu kommt die sträfliche Vernachlässigung sozialer Probleme. Der massive Sozialabbau treibt viele Menschen in Ausweglosigkeit und Verbitterung und macht sie für neofaschistische Parolen empfänglich. Schließlich macht das Wahlergebnis auch eine gravierende Unterschätzung der Wirksamkeit neofaschistischer Kräfte, deren Sozialdemagogie und völkischer Parolen deutlich. Den Ursachen dieser gefährlichen Rechtsentwicklung muß mit allen Kräften entgegengewirkt werden, so der Bundesvorsitzende der VVN-BdA, Peter-Christian Walther.

Schlußerklärung

Der heutige Prozeß der wirtschaftlichen Globalisierung, Liberalisierung und Deregulierung, insbesondere dessen Gipfel, das geplante MAI (Multilaterales Abkommen über Investitionen), stellt eine Gefahr für die Mehrheit der Menschen dar. Das schon erreichte Niveau der wirtschaftlichen Globalisierung hat ein Ausmaß von Konkurrenzdruck geschaffen, das die Handlungsfähigkeit der Regierungen und Bevölkerungen im wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Bereich massiv einschränkt.

Dieser Prozeß unterhöhlt die Demokratie. Allein die Tatsache, daß die Bedeutung der Verhandlungen über das MAI nicht offen gelegt, der Inhalt zwei Jahre geheim gehalten wurde und erst von kritischen Aktivisten aufgedeckt werden mußte, zeigt, daß auch die Unterhändler wissen, daß sie hier etwas zu stande zu bringen versuchen, was gegen das Interesse der Mehrheit ihrer Bürgerinnen und Bürger ist. Daß sogar die Vertreter der herrschenden Eliten der „Entwicklungsländer“ von dem MAI-Verhandlungsprozeß ferngehalten wurden, belegt, daß das MAI eine Gefahr für die gesamten Bevölkerungen dieser Länder darstellt. Die schon ausgetauschten Bestimmungen des MAI verleihen den transnationalen Konzernen darüber hinaus sogar politische Macht. Sie bekommen eine Reihe von Rechten und Freiheiten, haben aber keine sozialen oder ökologischen Pflichten. Jeder Staat, der versucht, im Interesse der Mehrheit seiner Bürgerinnen und Bürger soziale und ökologische Standards zu erhöhen, kann unter dem MAI von den transnationalen Konzernen gemaßregelt werden. Der gesamte Prozeß blockiert somit jedes andere, sozial und ökologisch orientierte Wirtschaften überall in der Welt, im Norden und im Süden. – Aus diesen Gründen meinen wir, daß das MAI gestoppt werden muß. Wir fordern von den Regierungen, daß das ganze Unternehmen MAI fallengelassen wird. Keine Regierung hat das Recht, sich selbst und die zukünftigen Regierungen zu entmachten und die grundlegenden Rechte und Interessen der BürgerInnen den Interessen der Konzerne unterzuordnen. Wir brauchen kein MAI, das die Regierungen und die Bevölkerung reglementiert, statt dessen brauchen wir Abkommen, durch die die Konzerne kontrolliert werden. – Wir sind entschlossen, vor Ort, bundesweit und weltweit Widerstand gegen das MAI sowie die Globalisierungsprozesse insgesamt zu organisieren und mitzutragen.

KONTAKT: Komitee Widerstand gegen das MAI, c/o Prof. Dr. Maria Mies, Blumenstr. 9, 50670 Köln, Tel. (0221) 135249, Fax (0221) 1391737.

Kongreß „Widerstand gegen das MAI“ in Bonn

„... meinen wir, daß das MAI gestoppt werden muß“

Am 25. April fand in Bonn der internationale Kongreß „MAI - Der Gipfel der Globalisierung“ (vgl. Politische Berichte Nr. 4/98) mit mehreren hundert Teilnehmern aus Organisationen und Widerstandsbewegungen unter anderem aus Europa, Kanada und Asien statt.

Der 27./28.4.1998 war bisher als Verhandlungsende vorgesehen. Die Verhandlungen wurden im Rahmen der OECD geführt. Das jahrelang im Geheimen direkt von Vertretern der Industrie und Unterhändlern vorbereitete Vertragswerk MAI (Multilateral Agreement on Investment) soll in Paris unterzeichnet werden.

Inzwischen steht der Abschluß der Verhandlungen in Frage. Zum einen wurden seit Bekanntwerden 1997 von den einzelnen Staaten insgesamt annähernd 1.000 Vorbehalte bzw. Ausnahmeregelungen angemeldet, zum anderen werden einige noch unklar definierte Kernbereiche in Frage gestellt. In vielen Staaten wurde die im Vertragswerk festgeschriebene weitreichende Außerkraftsetzung von nationalen Gesetzen und föderalen Entscheidungsstrukturen auch in den Industrieländern von den betroffenen Ministerien wie Umwelt, Soziales und Kultur erst 1997 realisiert. Darüber hinaus sorgte die Veröffentlichung des Vertragsentwurfs für ein Eingreifen von NRO's mit entsprechenden Überarbeitungsvorschlägen. NROs und Gewerkschaften brachten die Forderungen nach Integration arbeitsrechtlicher und ökologischer Standards in die Verhandlungen ein. Angesichts dieser Situation sprach der Leiter der Verhandlungen, der Niederländer Franz Engering, im März die Empfehlung aus, noch nicht zu unterschreiben.

Die Teilnehmer des Kongresses waren sich einig, daß es unabhängig von der Vertragsunterzeichnung entscheidend sein wird, wo und inwieweit die Verbände der Konzerne bereits parallel entsprechende Rahmenbedingungen vorbereiten, die ihre umfassenden Investitionsfreiheiten sichern.

Mehrere europäische Unterhändler befürworten die Überführung der MAI-Verhandlungen in die WTO. Dem MAI-Entwurf entspricht auch die vorgesehene Änderung der Geschäftsordnung des IWF, der die Zusatzartikel VIII und XIV dahingehend ändern möchte, daß die Mitgliedsländer alle Schranken, die einer ungehinderten, internationalen Kapitalbewegung noch im Wege stehen, beseitigen müssen. So wären zukünftig bei großen Finanzkrisen Investitionsverluste einklagbar.

Tony Clarke vom Polaris Institut, Ka-

nada, berichtete von den Protestaktionen in Kanada: bereits 600 Kommunen und Provinzen haben sich zur „MAI-freien Zone“ erklärt.

Maria Mies, Mitinitiatorin des „Komitees Widerstand gegen das MAI“, wies darauf hin, daß auch, wenn nun aufgrund der Forderungen in der Präambel des Vertragswerkes auf die Einhaltung von international bereits postulierten Sozial- und Umweltstandards hingewiesen werde, diese bisher weltweit keine bindende Verpflichtung darstellen und nie einklagbar sind. Beispiele völliger Aushebung internationaler und nationaler Schutzrechte sind die bereits seit Jahren bestehenden sogenannten Freihandelszonen in den industriell wenig entwickelten Ländern und Industrieparks in den Industrieländern, wo sozial-, umwelt- und arbeitsrechtliche Standards nicht gelten. Carla Boulboullé (GEW) und Theo Stegmann (IG Metall) kritisierten die Position der Gewerkschaftsführung, die sich auch der Geheimhaltung unterworfen hatte und allenfalls Nachverbesserungen einbringen möchte.

Martin Khor (Third World Network), Malaysia, zeigte die Auswirkungen auf die Entwicklungsländer auf und wies auf die Notwendigkeit des internationalen Widerstandes gerade auch in Industrieländern hin. In mehreren Beiträgen wurde verdeutlicht, daß die Umsetzung der Globalisierung, diese vertragliche Festschreibung der politischen Macht des Kapitals international, einhergeht mit verschärfter staatlicher Repression.

Ein klare Abgrenzung gegen Rechts war erforderlich. Angesichts der Verbreitung des Aufrufs zum Kongreß durch rechte Organisationen wies Frau Maria Mies bereits im Vorfeld wie auch auf der Veranstaltung diese mißbräuchliche Funktionalisierung eindeutig zurück und betonte die internationale Solidarität. Der Versuch einer rechten Splittergruppe, sich mit Flugblättern und einem Redebeitrag einzumischen, wurde sofort unterbunden.

In der Schlußerklärung halten die Teilnehmer fest, den Widerstand gegen das MAI sowie die Globalisierungsprozesse insgesamt zu organisieren und mitzutragen. Hierzu wurde keine zentrale Koordinierung beschlossen. Ein zentraler nächster Schritt sind die Aktionen zu den WTO-Verhandlungen am 18.5.-20.5.1998 in Genf. Peoples Global Action ruft weltweit zum Widerstand auf. Letztes Wochenende startet in der BRD eine Fahrradkarawane Richtung Genf.

(Dagmar Gebhardt)

Zeig mir dein Gen!

Von Jürgen Korell

Die Spur ist in einem Strafverfahren das objektivste Beweismittel, weil ihr Beweiswert eindeutig ist. Sie kann lediglich falsch interpretiert werden. Auch vor diesem Hintergrund muß die Diskussion um die Gen-Datenbank gesehen werden. Schon in der Vergangenheit wurde die DNA-Analyse (deutsch: Desoxyribonucleinsäure) in Strafverfahren als Beweismittel einbezogen. Dabei spielte die Schwere der Tat keine Rolle. Die vergleichende DNA-Untersuchung muß nach den Vorschriften der Strafprozeßordnung anonymisiert durchgeführt und von einem Richter angeordnet werden. Wegen des Anonymisierungzwangs dürfen die Sachverständigen die personenbezogene Daten nicht in einer Datei verarbeiten. Streng ausgelegt dürfen deshalb die Sachverständigen des Bundeskriminalamtes keine vergleichenden DNA-Analysen mehr vornehmen, da die Gen-Datenbank beim BKA eingerichtet wird.

Die Strafprozeßordnung (StPO) schreibt weiterhin vor, daß die mit der DNA-Analyse beauftragten Sachverständigen nicht der Ermittlungsbehörde angehören dürfen und von dieser organisatorisch getrennt sein müssen. Bei Ermittlungsverfahren, die die Landeskriminalämter oder das Bundeskriminalamt führen, ist es daher den dortigen Sachverständigen verboten, DNA-Analysen in diesen Verfahren durchzuführen. Allerdings wird die Anonymisierung dort zum Paradoxum, wo es sich um spektakuläre Straftaten handelt. Nicht selten sind aus der Presse Rückschlüsse auf die Personalien des Tatverdächtigen möglich, die auch den Sachverständigen nicht verborgen bleiben.

Bedeutung, Ausmaß von DNA-Analysen

Die vergleichende DNA-Untersuchung findet nur im nichtkodierenden Bereich statt. Nichtkodierend ist der Bereich, in dem sich keine Erbinformationen befinden. Der nichtkodierende Bereich ermöglicht mit Ausnahme der Geschlechtsbestimmung keine sonstigen Aussagen über die Person oder deren Erbgut. Außerhalb des kodierenden Teils der DNA gibt es sich wiederholende Abschnitt (Repeats), die für jeden Menschen mit Ausnahme von einerigen Zwillingen individuell verschieden sind. Daraus ergibt sich anders als bei den klassischen serologischen Untersuchungen eine sehr hohe Aussagegenauigkeit. Aufgrund des-

sen werden von den Untersuchungsstellen keine Blutgruppenbestimmungen mehr durchgeführt. Die höhere Aussagekraft der DNA-Analyse hat daher nicht nur ein besonderes, auch ein entlastendes Moment, das bei der Blutgruppenbestimmung nicht im gleichen Maße existiert.

Die derzeitigen DNA-Untersuchungen werden im Strafverfahren ausschließlich zur Identifizierung des Spurenlegers oder bei schwerwiegenden Straftaten auch zum Erkennen von Tatzusammenhängen durchgeführt. Des Weiteren ermöglicht der § 81e der StPO die Anwendung molekulargenetischer Untersuchungen zur Feststellung der Abstammung, d.h. daß sie beispielsweise in Vaterschaftsverfahren Anwendung finden können. In Einzelfällen können zwar die analysierten nichtkodierenden persönlichkeitsneutralen DNA-Merkmale mit kodierenden Merkmalen korrespondieren, da sich die Untersuchungen jedoch nicht auf persönlichkeitsbezogene Merkmale beziehen, wird dies den ermittelnden Behörden nicht bekannt.

Für die DNA-Analyse wird ein Zellkern benötigt, der bei Blutflecken nicht immer vorhanden ist. Ein zuverlässiges DNA-Profiling ergibt sich dagegen aus Sperma. Aber auch Speichel, Haare oder Hautpartikel reichen für eine Analyse aus.

Die Forschung im Bereich der DNA-Analyse hat in den vergangenen Jahren große Fortschritte erzielt. So werden heute nur noch geringe Mengen Untersuchungsmaterial von den verschiedensten Körpersubstanzen für die DNA-Analyse benötigt. Eine derartige Entwicklung birgt die Gefahr, daß künftig sehr wohl Rückschlüsse auf bestimmte genetische und damit persönliche Merkmale gezogen werden können.

Forderungen der Datenschutzbeauftragten von Bund und Ländern

Aus diesem Grund fordern die Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder in einer Entschließung für eine DNA-Datenbank vor allen Dingen eine gesetzliche Regelung für folgende Punkte:

- „Für Analyseergebnisse, aus denen möglicherweise später Rückschlüsse auf genetische Merkmale gewonnen werden können, muß es ein striktes Nutzungsverbot geben.
- Den datenspeichernden Stellen muß eine Verpflichtung zur Prüfung auferlegt werden, ob bei neuen Erkenntnissen über die untersuchten Repeats unter Berücksichtigung des Verhältnismäßigkeitsprinzips eine vorhandene Datei verwendet werden darf.
- Eine Aufnahme in die Datenbank darf nur erfolgen, wenn Anhaltspunkte dafür vorliegen, daß der Betroffene auch zukünftig Straftaten begeht, bei deren Aufklärung typischerweise solche Untersuchungsmethoden verwendet werden.

• Eine Speicherung darf nicht erfolgen, wenn der Tatverdacht völlig ausgeräumt wurde oder wenn nachträglich festgestellt wurde, daß die Anordnung oder Durchführung der DNA-Analyse unzulässig war.

- Nicht in DNA-Dateien aufgenommen werden dürfen Ergebnisse von Reihenuntersuchungen, die aufgrund von Einwilligungen der Betroffenen durchgeführt werden und eine Gruppe von Menschen betreffen, die nach abstrakten Kriterien zusammengesetzt ist (zum Beispiel alle jungen Männer zwischen 25 und 30 Jahren, die in einem bestimmten Ortsteil wohnen, ohne daß ein konkreter Tatverdacht besteht.“

Des Weiteren verlangen die Datenschutzbeauftragten ein Verbot der Rasterfahndung im genetischen Bereich sowie die Eingrenzung des Personenkreises, dem bekannt ist, von wem das Untersuchungsmaterial stammt.

Die Forderung nach DNA-Banken wurde polizeiintern mit der Steigerung molekulargenetischer Untersuchungsmöglichkeiten erhoben. Dabei wurde auf die großen Erfolge in den USA und Großbritannien sowie die DNA-Dateien in der Schweiz und Österreich verwiesen. In Großbritannien sind 130 000 Datensätze gespeichert, die vor allem zur Klärung von Einbrüchen genutzt werden.

Die öffentliche Durchsetzbarkeit der Datenbanken in Deutschland ergibt sich letztendlich aus dem Mord in Cloppenburg an der elfjährigen Christina Nytsch. Im Rahmen der Ermittlungen wurden 18 000 Männer zum freiwilligen Gen-Test gebeten, um eine molekulargenetische Rasterfahndung durchzuführen. Der Gen-Test ging als größte Massen-Gen-Untersuchung in die deutsche Kriminalgeschichte ein. Bundesinnenminister Kanther nutzte die günstige Stimmung in der Öffentlichkeit mit Zustimmung seiner Kollegen aus den Ländern, das BKA mit dem Aufbau einer zentralen DNA-Datenbank zu beauftragen.

Die Datenbanken des BKA

Im Führen von Datenbanken besitzen die Bundeskriminalisten ja bereits große Erfahrungen, werden dort nach einem Bericht der Zeitschrift „Kriminalistik“ nämlich bereits 154 Dateien mit personenbezogenen Informationen unterhalten.

In der neuen Datenbank sollen nach dem Wunsch der Datenschützer die DNA-Dateien verurteilter Straftäter und Spuren aus Ermittlungsverfahren festgehalten werden. Kanthers Errichtungsanordnung umfaßt aber die Gen-Daten aller Beschuldigter. Allerdings sind die Daten dann zu vernichten, „wenn kein Grund mehr zu der Annahme besteht, gegen ihn Strafverfahren von erheblicher Bedeutung zu führen“. Damit befindet sich die Datenlöschung wieder einmal im Ermessensspielraum der Polizei.



→ Meinungsverschiedenheiten zwischen Kanther und Schmidt-Jortzig

Während Justizminister Edzard Schmidt-Jortzig eine gesetzliche Grundlage für eine derartige Datei für erforderlich ansah, will es Kanther bei einer Verwaltungsvorschrift belassen. Der innenpolitische Hardliner leitet die gesetzliche Ermächtigung aus dem BKA-Gesetz ab, in dem die Sammlung personenbezogener Daten aus den erkennungsdienstlichen Behandlungen geregelt ist. Da jedoch selbst die Abnahme von Fingerabdrücken und die Aufnahme von Lichtbildern in der StPO geregelt ist, ist es blauäugig von Kanther anzunehmen, daß keine Spezialvorschrift zwingend sei. Die Notwendigkeit einer gesetzlichen Spezialvorschrift ergibt sich allein aus den Forderungen der Datenschutzbeauftragten. Zudem bedarf es einer gesetzlichen Vorschrift, um Verwechslungen und die Legung von „Trugspuren“ weitgehend ausschließen zu können. Nicht nur die Laboranalyse erfordert eine saubere und genaue Bearbeitung des Untersuchungsmaterials, auch die Spurenrecherche stellt besondere Anforderungen an die BeamtInnen der Erkennungsdienste. Darüber hinaus geht Kanther offenbar von der freiwilligen Abgabe von Speichelproben zur DNA-Analyse aus. Doch wie sieht es bei der Weigerung eines Betroffenen aus? Körperliche Untersuchungen sind zwar nach den Vorschriften des § 81a StPO erlaubt, doch müssen die Untersuchungsmaterialien unverzüglich vernichtet werden, wenn sie für das anhängige Strafverfahren nicht mehr erforderlich sind. Daraus ergibt sich der Zwang einer Rechtsvorschrift für die DNA-Entnahme, aus der nicht nur hervorgehen muß, ob ein Arzt nach den Regeln ärztlicher Kunst die Probe zwangsläufig zu entnehmen hat, sondern auch, ob der körperliche Eingriff von einem Richter angeordnet werden muß.

Darüber hinaus gibt es zwischen dem Bundesinnenministerium und Bundesjustizministerium sowie Datenschützern über den Personenkreis, der in der Datei landen soll, einen Dissens. Während Kanther alle „Straftaten von erheblicher Bedeutung“ in der Gen-Datei wiederfinden will, möchten Schmidt-Jortzig und der Datenschutz die Speicherung auf schwere Verbrechen oder Vergehen gegen Leib, Leben und persönliche Freiheit beschränken. Ebenso reicht Kanther die von Schmidt-Jortzig gewünschte Speicherungsdauer von 20 Jahren nicht aus.

Gesetzliche Regelung ist zwingend

Eine Gen-Datei bietet sicher gute Ermittlungsmöglichkeiten im Strafverfahren. Sie ist auch vor dem Hintergrund zu befürworten, daß die große Gefahr besteht, daß jeder nicht erkannte Gewalttäter weiterhin Gewalt anwenden wird. Gleichzeitig stellt die DNA-Analyse nicht einen ebenso eklatanten Eingriff in die Persönlichkeitsanalyse dar, wie beispielsweise der große Lauschangriff.

Eine DNA-Datenbank beinhaltet aber auch erhebliche Gefahren. Aus diesem Grund ist eine gesetzliche Regelung zwingend. Die Dauer der Speicherung ist zu regeln, weil eine lebenslange Speicherung aus rechtsstaatlichen Gründen nicht zu befürworten ist. Ebenso ist der Personenkreis einzuzgrenzen, dessen molekulargenetische Daten gespeichert werden sollen. Daneben muß die Verwendung von Analyseergebnissen, die Rückschlüsse auf Erbanlagen, Krankheiten oder Charaktereigenschaften erlauben, untersagt werden.

Auch die EU bereitet schon DNA-Datenbanken vor

Der Rat der EU hat sich am 17. März 1997 mit dem Austausch von DNA-Analyseergebnissen beschäftigt. Darin wird der Aufbau einer europäischen Gen-Datei angestrebt. Auch vor diesem Hintergrund sowie den Forschungsmöglichkeiten von Europol u.a. polizeilichen Stellen ist sicherzustellen, daß keine Forschung an dem Probenmaterial betrieben werden darf. Ebenso bedarf die Verfahrensweise mit den Speichelproben nach der Analyse für die Datenbank einer Regelung. Kritiker der Vernichtungsregelung vertreten die Auffassung, eine Vernichtung der Analyseproben würde die deutsche Kriminaltechnik einfrieren. Dies ist sicher eine übertriebene Angst, die nur so interpretiert werden kann, daß sehr wohl der Wunsch besteht, an den Proben Forschung zu betreiben. Ein Befürworter von Reserveproben ist der Vorsitzende der deutschen Gesellschaft für Rechtsmedizin, Bernd Rickmann. Er möchte im nichtkodierenden Bereich die Proben auf den neuesten Stand der Technik immer wieder nachtesten können. Brinkmann selbst hält die Erstellung von Persönlichkeitsbildern für Unsinn. Dem widerspricht allerdings die rasante Entwicklung im Bereich der Gen-Technik. *Jürgen Korell ist Redakteur der Zeitschrift „Unbequem“ der „BAG Kritische Polizistinnen und Polizisten“*

PDS-Entwurf eines Strafrechtsdemokratisierungsgesetzes

Eine wirkliche Alternative

Die Bundestagsgruppe der PDS hat einen Gesetzentwurf „zur Entkriminalisierung des Strafrechts, zur Humanisierung des Strafensystems und zur Stärkung der Opferrechte (Strafrechtsdemokratisierungsgesetz)“ (Drucksache 13/10272) eingebracht, der wesentliche Ansätze alternativer Strafrechts- und kriminalpolitischer Konzepte aufnimmt und hoffentlich auch außerhalb der PDS Unterstützung und außerhalb der Fachdiskussion Beachtung findet.

Der Gesetzentwurf geht von dem Gedanken aus, daß abweichendem Verhalten und Kriminalität große gesellschaftliche Probleme zugrunde liegen, insbesondere die tiefe und wachsende Zerklüftung, zunehmende soziale Existenzunsicherheit, soziale und politische Ausgrenzung und die Gefährdung der Lebensperspektiven von jungen Menschen. Er wendet sich gegen die Vorstellung, daß die dadurch bedingte Kriminalität statt durch eine Sozialpolitik, die der sozialen Degradation von Menschen entgegenwirkt, durch mehr Strafrecht und höhere Strafen eingedämmt werden könnte. „Eine Politik, die das soziale Netz zerschneidet und es anschließend durch Gitterstäbe ersetzt, ist falsch“, wird unter Punkt „A. Problem“ die herrschende Politik kritisiert. Strafrecht kann nur *ultimo ratio*, letztes Mittel zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Straftätern sein, nicht das wichtigste und schon gar nicht Mittel zur Bewältigung der großen gesellschaftlichen Probleme sein.

In der Folge wird eine Reihe von Gesetzesänderungen vorgeschlagen, die auf Entkriminalisierung, Eingrenzung des staatlichen Strafanpruchs und Stärkung der bürgerlichen Freiheitsrechte zielen. Eine der in diesem Sinne wichtigsten Änderungen – die Aufhebung der lebenslangen Freiheitsstrafe als Ausdruck absoluten staatlichen Strafanpruchs – ist im Gesetzentwurf nicht enthalten. In der Begründung für den Gesetzentwurf hat die PDS-Bundestagsgruppe jedoch



Solidarität mit kurdischen Flüchtlingen: Verbot scheitert vor Gericht

In Karlsruhe fand am 25.4. in der Europahalle eine Solidaritätsveranstaltung mit den 7000 kurdischen Flüchtlingen des Lagers Ninova statt. Erst unterstützte der Bürgermeister Vöhringer (SPD) die Anmietung der Halle, dann verbot die städtische Polizeibehörde, ohne mit dem Veranstalter vorher zu reden, mit fadenscheinigen Gründen und irrwitzigen Konstruktionen die Veranstaltung einen Tag

vor den Osterfeiertagen. Zwei einhalb Tage vor der Veranstaltung hob das Verwaltungsgericht Karlsruhe das Verbot auf. So konnten an dem Solidaritätsfest 6000 Menschen teilnehmen. Auf der Veranstaltung sprachen u.a. die DGB-Kreisvorsitzende Sabine Leidig und der Bundestagsabgeordnete Winfried Wolf (PDS). Monika Knoche, MdB von den Grünen, hatte eine Grußadresse geschickt. Med-TV übertrug die Veranstaltung live.

(rub)

einen gesonderten Antrag angekündigt.

Wesentliche Grundsätze und Bestimmungen des Gesetzentwurfs

Entkriminalisierung von Bagatelldelikten: Bereits jetzt sieht das Strafprozeßrecht eine Reihe von Möglichkeiten vor, im Bereich der Bagatellkriminalität von strafrechtlichen Reaktionen abzusehen. Die PDS schlägt vor, im Allgemeinen Teil des Strafgesetzbuches, in § 12 StGB („Verbrechen und Vergehen“), eine Geringfügigkeitsklausel zu verankern, derzufolge eine Handlung nicht als Straftat verfolgt wird, wenn die Rechtsgutsverletzung und die Schuld des Täters als gering anzusehen sind. Die Konkretisierung dieser allgemeinen Bestimmung auf die entsprechenden Deliktgruppen im Besonderen Teil führt nicht zur Legalisierung rechtswidriger Handlungen; durch ihre Entkriminalisierung findet jedoch eine Verschiebung vom staatlichen Strafanspruch auf den durch sie verletzten Rechte z.B. durch Schadenersatz, Unterlassungsansprüche oder Täter-Opfer-Ausgleich statt.

Konfliktregulierung statt und neben der Strafe: Die Kann-Bestimmung in § 46a StGB, der Täter-Opfer-Ausgleich und Schadenswiedergutmachung regelt, soll durch Neuformulierung aufgehoben und es soll gesichert werden, daß unter festgelegten Bedingungen zwingend stärker vom Täter-Opfer-Ausgleich Gebrauch gemacht werden soll. § 60 („Absehen von Strafe“) soll durch eine Vorschrift ergänzt werden, nach der ein Angeklagter dazu verurteilt werden kann, bei Zustimmung durch den Verletzten den durch die Straftat verursachten Schaden wiedergutzumachen; der staatliche Strafverfolgungsanspruch wäre dadurch befriedigt.

Begrenzung und Zurückdrängung von Freiheitsstrafen: In der Begründung ihres Gesetzentwurfs stellt die PDS den weitreichenden Konsens fest, daß die gesetzlichen Strafdrohungen für Vermögens- und Eigentumsdelikte in einem nicht vertretbaren Verhältnis zu den Strafdrohungen für Straftaten gegen die Person stehen. Im Gegensatz zur herrschenden Politik zieht sie daraus die Schlußfolgerung, daß die Höchststrafen bei Vermögens- und Eigentumsdelikten herabgesetzt werden sollen. Die Vollstreckung der Freiheitsstrafe soll ausgesetzt werden können, wenn sie die Dauer von fünf Jahren (geltende Regelung: zwei Jahren) nicht übersteigt. – Zu nen-

nen ist hier noch die Anhebung des Mindestalters für freiheitsentziehende Sanktionen (Jugendarrest, Untersuchungshaft und Jugendstrafe) von 14 auf 16 Jahre (mit Ausnahme schwerster Gewaltkriminalität).

Beschränkung des Strafrechts auf wirklich kriminelle Handlungen/Stärkung der Grundrechte: Hier sieht der Gesetzentwurf gewichtige Änderungen in mehreren Bereichen vor. Bedeutsam ist, abgesehen von der grundsätzlichen Kritik an der diskriminierenden Sondergesetzgebung für Menschen ohne deutschen Paß, die Forderung nach Aufhebung §37 des Ausländergesetzes („Verbot und Beschränkung der politischen Betätigung“) und nach Aufhebung von Strafvorschriften in Ausländergesetz und Asylgesetzgebung, gegen die Menschen deutscher Staatsangehörigkeit nicht verstoßen können, so z.B. Verstöße gegen zeitliche, räumliche oder sonstige Einschränkungen des Aufenthaltsrechts von Ausländerinnen und Ausländern. Damit würden zugleich die Rechte von Menschen ohne deutschen Paß, die ohnehin sozial marginalisiert und durch alltägliche ausländerfeindliche Gewalt bedroht ist, gestärkt wie ihre diskriminierende Stigmatisierung unterhöht. – Zu nennen ist weiter die vorgeschlagene Änderung des Versammlungsgesetzes, mit der das strafrechtlich bewehrte Verbot von Vermummung und „passiver Bewaffnung“ als „Ausdruck exzessiver Herrschaftssicherung“, wie es in der Begründung heißt, aufgehoben und das Demonstrationsrecht gestärkt werden soll. – Mit der Streichung der §§ 129 („Bildung krimineller Vereinigungen“) und 129a („-terroristischer Vereinigungen“) schließlich nimmt der PDS-Gesetzentwurf einer alten und zentralen Forderung der politischen Opposition in der BRD auf. Diese Änderung stellt u.a. zugleich die gesamte „Antiterrorgesetzgebung“ in Frage. Hier unterstützen sich der – leider zu zurückhaltende – Gesetzentwurf der Grünen zur Aufhebung der Sondergesetze und der PDS-Gesetzentwurf gegenseitig.

Alles in allem bietet der Gesetzentwurf zahlreiche Anhaltspunkte für die notwendige Auseinandersetzung mit der Verdrängung gesellschaftlicher Probleme durch die herrschende Strafrechts- und Kriminalpolitik und den Konzepten des starken Staates, wie sie von in unterschiedlicher Färbung bis in Teile der Sozialdemokratie vertreten werden. scc

Bremischer Innenminister huldigt Ausländerfeinden

Letzte Meldung:

Kurdisch-Deutscher Solidaritätsverein e.V. in Bremen verboten

Bremens Innensenator Bortscheller (CDU) hat am 27.4. den „Kurdisch-Deutschen Solidaritätsverein e.V.“ verboten. Der Verein, der seit Februar 1997 dem „Dachverband der Ausländer-Kulturvereine in Bremen e.V.“ angehört, sei „der zentrale Basisverein der ‘Arbeiterpartei Kurdistans‘ (PKK) für die Region Bremen, so Bortscheller. In seiner Presseerklärung zur Rechtfertigung des Verbots greift der Innensenator, der 1995 einen anderen Verein in Bremen als „Volks Tanzgruppe zur Förderung der PKK“ verboten hatte, auch die Bremer Grünen an: Sie hätten geduldet, daß Vorstand und Beirat des Vereins in ihrem Parteibüro gewählt wurden – für Bortscheller ein „unwürdiges Schauspiel deutscher Biedermann und brutaler PKK-Kader“. Der Bremer Rechtsanwalt Hans-Eberhard Schultz, der mit der Rechtsvertretung des verbotenen Vereins beauftragt wurde, fordert die sofortige

Rücknahme des Verbots.
(rül)



Streit und Legenden um Semdik Sakik

Die kürzliche Verhaftung des früheren ARGK-Kommandeurs Semdin Sakik, der vor einigen Wochen die PKK verlassen und zur KDP übergetreten war, durch das türkische Militär schlägt in der türkischen Presse hohe Wellen. Sakik war in Südkurdistan bei einer Autofahrt von einem türkischen Kommando festgenommen worden, war vor kurzem in der türkischen Presse berichtet worden. Er „singe wie eine Nachtigall“, behauptete kurz danach eine türkische Zeitung. Ob dem Verhafteten wirklich nach Singen zumute ist, darf bezweifelt werden. Ob er freiwillig kurdische Geheimnisse verrät oder ob er nicht vielmehr gefoltert wird – man weiß es nicht.

Denn vor allem ist Semdin Sakik in Haft und isoliert. Niemand kommt zu ihm, niemand kann mit ihm sprechen, niemand sieht ihn – außer seine Kerkermeister, türkische Militärs und Geheimdienstleute. Und was immer die türkische Presse jetzt über ihn berichtet – es kommt aus dieser schmutzigen, mit dem Blut vieler kurdischer Menschen besudelten Quelle. Was soll man solchen Leuten schon glauben? Sollte man ihnen nicht vielmehr in den Arm fallen, um weitere Untaten zu verhindern?

Das Regime scheint sich nicht einig, was es mit dem Überläufer tun soll

Offenbar ist sich das türkische Regime nicht einig, wie vorgegangen werden soll. Es gab Stimmen aus türkischen Geheimdienstkreisen, die auch in der deutschen Presse berichtet wurden, wonach es ein Fehler gewesen sei, Sakik zu verhaftet. Wäre er frei geblieben, hätte man ihn vielleicht für eines der Projekte des Regimes, für den Aufbau einer „alternativen Kraft“ gegen die PKK benutzen können. Das sei jetzt nicht mehr möglich.

Es gibt auch Berichte, wonach Ministerpräsident Yilmaz von den Militärs vorab nicht von der geplanten Aktion zur Verhaftung Sakiks unterrichtet worden sei. Damit soll angedeutet werden, daß Yilmaz zu einer „Benutzung“ Sakiks für den Aufbau einer „alternativen Kraft“ – sprich: regimefreundlichen kurdischen Partei – tendiert habe, das Militär diese Option aber durch die schnelle Verhaftung verhindern wollte und auch habe.

Kurdische Meinungsverschiedenheiten ...

Auch in kurdischen Kreisen gibt es – nicht verwunderlich – verschiedene Meinungen.

Die überwiegende Mehrheit, vor allem solche, die der PKK nahestehen, betrachten den Fall Sakik als einfachen und direkten Verrat eines Mannes, der schon lange mit seiner Partei im Streit lag und, nachdem er aus allen Funktionen entlassen war, nun zum Feind übergetreten sei.

Der türkische Geheimdienst habe sich schon länger für Sakik interessiert, weil kein Geheimnis war, daß Sakik schon mehrfach heftigen Streit mit seiner Partei hatte und auch hart kritisiert worden war. Der von ihm zu verantwortende Angriff gegen türkische Soldaten, der vor Jahren den ersten Waffenstillstand der PKK beendete, sei nur eine seiner schweren Verfehlungen.

Infolgedessen werden in diesen Kreisen auch Vermutungen, Sakik könne gefoltert werden, als absurd zurückgewiesen. Wieso solle die Türkei jemanden foltern, der sich mehr oder weniger freiwillig habe fangen lassen? Die ganze Pressekampagne um den Fall Sakik sei ein „großes Spiel“ mit dem Ziel, eine „alternative Kraft“ gegen die PKK – evtl. gemeinsam mit der KDP – in den von der Türkei beherrschten kurdischen Gebie-

gende Aktion“ von amnesty international in Bonn.

Bei genauerem Hinsehen stützt die Aktion von amnesty die Interpretation vom „großen Spiel“. Denn: Noch nie hat sich amnesty international für verhaftete kurdische Guerilleros eingesetzt!

Immer wieder hieß es: man unterstütze nur „gewaltfreie“ politische Gefangene. Mehr noch: Immer wieder, so die Vorwürfe nicht nur aus kurdischen Kreisen, seien Appelle des Menschenrechtsvereins IHD an amnesty international, sich für die vielen tausenden PKK-Gefangenen in den türkischen Gefängnissen einzusetzen, ihre Proteste und Hungerstreiks gegen die ständige Mißhandlung und Folter zu unterstützen, ihnen irgendwie Hilfe zu gewähren, mit dem Argument, man setze sich „nur für gewaltfreie Gefangene“ ein, zurückgewiesen, ja schroff abgelehnt worden.

Erst vorletzte Woche, so die Hamburger Kurdistan-Solidarität am 22. April in einem Schreiben an ai, soll die Hamburger amnesty-Sektion eine Bitte um Unterstützung der im Hungerstreik befindlichen 70 PKK-Gefangenen im türkischen Gefängnis von Mus wieder mit diesem „Argument“ abgewiesen haben. Sechs dieser Gefangenen, darunter die deutsche Internationalistin Eva Juhnke, schwieben mittlerweile in akuter Lebensgefahr, so die Hamburger Erklärung.

Und nun die Aktion für Semdin Sakik? Einen Guerillaführer, der nicht nur „Gewalt“ selbst angewandt, sondern jahrelang an führender Stelle befohlen hat? Oder war die Aktion für Sakik nur ein Ausrutscher, ein Versehen irgendeines übereifrigen ai-Mitarbeiters, der zufällig die Statuten nicht kannte?

Warum setzt sich amnesty nicht für ALLE kurdischen Gefangenen ein?

Aber vielleicht kann die ai-Aktion für Sakik ja auch zu einem anderen Ergebnis beitragen. Denn soviel steht fest: Auch wenn Sakik ein kurdischer „Verräter“ wäre, hätte der türkische Geheimdienst kein Recht, ihn zu isolieren, zu mißhandeln, zu foltern. Folter und Isolation sind immer und in jedem Fall ein Verbrechen.

Mehr noch: Noch nicht einmal seine militärischen Taten und die Toten auf türkischer Seite, für die er verantwortlich gemacht wird, könnte ihm der türkische Staat vermutlich vorwerfen.

Mit welchem Recht? Moralisch mit gar keinem, bei den furchtbaren Untaten, für die seine jetzigen Gefängniswärter, die türkischen Militärs, Geheimdienstleute usw. verantwortlich sind. Schließlich ist der ganze kurdische Befreiungskampf nur eine große Gegenwehr, die Notwehr einer seit Jahrzehnten geschundenen, gequälten, ihrer Rechte beraubten kurdi-



Semin Sakik vor der türkischen Fahne. Dieses vom türkischen Sicherheitskräften angefertigte Foto verbreitet u.a. die Nachrichtenagentur AP. Unterschrift des Berliner „Tagesspiegel“: „PKK-Kommandant Semdin Sakik während eines türkischen Verhörs“.

ten ins Leben zu rufen.

Bei anderen, der PKK eher kritischen Kreisen, gibt es eine andere Beurteilung. Sakik habe vielleicht an einer Art „Alternative“ zur PKK mitwirken wollen, aber nicht sich verhaften lassen wollen. Er sei ein Kritiker der PKK, habe sich auch absetzen wollen, sei aber kein „Verräter“. Deshalb drohe ihm auch sehr wohl die Folter, womöglich werde er schon jetzt gefoltert und irgendwann ermordet.

...und ein überraschender Aufruf von amnesty international

In dieses Gemengelage von Nachrichten, Mutmaßungen, Gerüchten und Sorgen hinein kam am 15. April die hier dokumentierte „URGENT ACTION“, „drin-

DOKUMENTIERT:

Der „dringende Aufruf“ von amnesty international

Amnesty International, Sektion der Bundesrepublik Deutschland e.V., 53106 Bonn, 15. April 1998:

URGENT ACTION

Extra 28/98, ai-Index: EUR 44/16/98:

Drohende Misshandlung oder Folter

Türkei: Semdin Sakik, ein ehemaliges führendes Mitglied der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und sein Bruder Hasan Sakik

Am 13. April wurden Semdin Sakik, ein ehemaliger Kommandant der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und sein Bruder Hasan Sakik von türkischen Sondereinsatztruppen im Norden Iraks verschleppt. Wahrscheinlich werden sie verhört und sind somit in großer Gefahr, gefoltert oder mißhandelt zu werden.

Die beiden Brüder wurden Berichten zufolge von rund 30 Angehörigen einer türkischen Sondereinheit festgenom-

men, als sie in einem Auto von einem Unterschlupf in Dohuk im Norden des Irak zu einem anderen Versteck unterwegs waren.

Sie werden gegenwärtig in der Zentrale der Sondereinheit in der Kommandantur des Siebten Armeekorps in Diyarbakir im Südosten der Türkei festgehalten. Es steht zu erwarten, daß die Gefangenen in den kommenden Tagen zu weiteren Verhören nach Ankara gebracht werden.

Semin Sakik lief im März 1998 von der PKK zur Kurdischen Demokratischen Partei (KDP) über, die ihren Stützpunkt im Norden Iraks hat. In einer Presseerklärung, die der Leiter des türkischen Generalstabes veröffentlichte, hieß es, Semdin Sakik sei entführt worden, nachdem sich die Kurdische Demokratische Partei geweigert hatte, der Forderung der Türkei nachzukommen, Semdin Sakik zum Verhör an die türkischen Behörden zu übergeben.

(...)

Empfohlene Aktionen: Schreiben Sie bitte Fax- bzw. Telefaxbriefe, Telexe, Telegramme oder Luftpostbriefe, in den Sie

- Ihre Befürchtung zum Ausdruck bringen, daß Semdin Sakik und Hasan Sakik während der Verhöre gefoltert werden könnten;

- darlegen, daß Gefangenen auf der Grundlage der türkischen Gesetzgebung nach den ersten vier Tagen in Haft der Kontakt zu einem Rechtsbeistand gewährt werden muß,

- darauf hinweisen, daß auch Häftlinge, die keine gewaltlosen politischen Gefangenen sind, nicht mißhandelt oder gefoltert werden dürfen.

(...)

(Es folgen die Anschriften des Chefs des Türkischen Generalstabs, des Innenministers, des Beauftragten für Menschenrechtsfragen in Ankara und der Türkischen Botschaft in Bonn und die Bitte, Kopien dieser Briefe an amnesty international in Bonn zu schicken, d. Red.)

schen Bevölkerung, der bisher alle legalen politischen Wege zur Vertretung ihrer legitimen nationalen Interessen verschlossen blieb.

Aber auch juristisch dürfte sich das Regime an Semdin Sakik nicht vergreifen, ihn vermutlich nicht einmal verurteilen. Denn Semdin Sakik ist ihr militärischer Gefangener, im besten Fall. Für die Behandlung gegnerischer militärischer Gefangener aber gibt es klare (kriegs)-völkerrechtliche Normen. Diese verbieten jede Mißhandlung, ja vermutlich sogar jeden Prozeß. (Kriegs)-völkerrechtlich dürfte die Türkei ihn nur festhalten, bis der Krieg gegen die Kurden beendet ist.

Die Lage in den türkischen Gefängnissen erfordert schon lange solidarische Hilfe!

Vielleicht führt deshalb die Aktion von amnesty international, wenn sie überhaupt ernsthaft verfolgt wird, dazu, daß sich am Ende wirklich eine internationale Delegation aufmacht, den Verhafteten besucht und für die Einhaltung der Regeln des Völkerrechts eintritt. Also keine Mißhandlung, juristischer Beistand, Behandlung als Kriegsgefangener. Aber dann bitte nicht nur für Semdin Sakik, sondern genauso auch für die vielen tausenden anderen politischen Gefangenen, kurdischen Gefangenen, PKK-Guerilleros in türkischer Haft!

Vielleicht war die ai-Aktion aus Bonn für Semdin Sakik dann am Ende doch nicht nur Teil eines schmutzigen „großen Spiels“, wie jetzt viele mit leider gutem Grund meinen, sondern eine längst überfällige Korrektur der ai-Politik hin zum Guten – in diesem Fall zum entschlossenen Einsatz, zu energetischer Hilfe für ALLE kurdischen politischen Gefangenen in der Türkei. Nötig wäre das allemal.

(rül)

Mehr Koordination der Erwerbslosenaktionen

2. Brüsseler Konferenz der Euromärsche

Von Angela Klein

Die Europäischen Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung werden den diesjährigen 1. Mai zum Anlaß nehmen, am Vorabend der Entscheidung über die Aufnahme in die Europäische Währungsunion ihre Opposition gegen das Europa des Geldes erneut zu verdeutlichen und die eigenen Forderungen nach einem demokratischen und sozialen Europa zu propagieren.

Kernpunkte der Plattform, die auf der 2. europäischen Konferenz der Märsche am 18./19. April in Brüssel beschlossen wurde, sind:

- für jeden das Recht auf ein garantiertes individuelles Einkommen, das dem Maß des von der Gesellschaft hervorgebrachten Reichtums entspricht;
- für eine massive, sofortige und konzertierte Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden überall in Europa, als ersten Schritt zur 32- oder 30-Stunden-Woche, mit Personalausgleich, ohne Verlust von Lohn- und Kaufkraft, ohne Flexibilisierung;
- für die Schaffung gesellschaftlich, kulturell und Ökologisch nützlicher Arbeitsplätze zu tariflichen Bedingungen und Löhnen;
- gegen jede Form der Zwangarbeit;
- gegen die Aushöhlung von Tarifverträgen;

- für die europaweite Harmonisierung der Sozialsysteme, Angleichung der Verhältnisse nach oben;
- gegen jede Form der Diskriminierung;
- gegen Kinderarbeit und die Ausbeutung der Arbeitskraft von ImmigrantInnen durch Schwarzarbeit;
- gegen ungeschützte Beschäftigung;
- für ein Europa ohne Rassismus und Chauvinismus, mit offenen Grenzen, mit Bürgerrechten und politischen Rechten für alle, die dort leben. Papieren für alle!

„Wir wollen“, so heißt es abschließend in der Brüsseler Erklärung, „mit unseren Kämpfen und unseren Forderungen TrägerInnen einer neuen Hoffnung und einer neuen Perspektive sein: Abschaffung der Arbeitslosigkeit, eine freie und gerechte Gesellschaft, ein Europa und eine Welt, in der Wirtschaft und Politik den Menschen dienen, nicht umgekehrt, und wo alle an den großen Entscheidungen des Öffentlichen Lebens beteiligt sind.“

Erstmals wurde in fünf Arbeitsgruppen intensiv über Fragen des Mindesteinkommens, der Schaffung neuer Arbeitsplätze, der Bilanz der Verträge von Amsterdam und Luxemburg, des Verhältnisses von Erwerbsloseninitiativen und Gewerkschaften und natürlich über die Aktionen in diesem und im kommenden Jahr diskutiert. Dadurch konnten sowohl Gleichartigkeiten als auch Unterschiede der Situation in den verschiedenen Ländern bewußt gemacht werden.

Die Forderungen, die schließlich gemeinsam herauskristallisiert werden konnten, reflektieren sowohl gleichgeartete Interessenlagen (z.B. die Forderungen gegen Flexibilisierung), als auch die Schwierigkeit, europaweit zu einfachen, griffigen und bezifferbaren Forderungen zu kommen (z.B. eine gemeinsame Höhe für das Mindesteinkommen anzugeben, oder eine gemeinsame gesetzliche Höchstarbeitszeit pro Woche).

Die neue Brüsseler Erklärung stellt eine Konkretisierung und Weiterentwicklung der Resolutionen des Brüsseler Manifestes von 1997 und der Luxemburger Plattform für ein Netzwerk dar. Gleichzeitig wurde jedoch auch das Bedürfnis laut, das politische Profil von Euromarsch dadurch zu schärfen, daß wir uns auf zwei, drei Hauptforderungen konzentrieren, die unverwechselbar mit dem Namen Euromarsch verbunden sind und um die herum wir Kampagnen führen. Neben dem Mindesteinkommen und der Arbeitszeit ist es jetzt schon so, daß das Recht auf kostenlose Benutzung von Transportmitteln und das Recht auf Wohnen (also bei Unfähigkeit der Mietzahlung nicht auf die Straße gesetzt zu werden) in mehreren Ländern immer wieder im Mittelpunkt von Aktionen stehen (Italien, Frankreich, Spanien).

Mit Ausnahme von Dänemark und Schweden waren diesmal wieder alle EU-Länder vertreten; darüber hinaus gab es Grußbotschaften aus Burkina Faso und aus Polen. Der polnische Vertreter verlas ein Schreiben des Sekretärs der polnischen Gewerkschaft „August 80“ (eine linke Abspaltung von Solidarnosc), in dem dieser bedauerte, die Teilnahme an der Konferenz kurzfristig absagen zu müssen, weil die schlesischen Bergleute in einem Abwehrkampf gegen ein Geheimabkommen der polnischen Regierung mit der EU und dem IWF stehen. Die Regierung hat darin zusagt, demnächst 135.000 Bergleute zu entlassen. Gleichzeitig sprach er das Interesse der Gewerkschaft an den Aktivitäten von Euromarsch aus. Dies ist, wie viele andere neue Kontakte und Aktionsmöglichkeiten, das ermutigende Ergebnis der Amsterdamer Demonstration.

Die Kontakte zu Osteuropa waren im letzten Jahr sehr spärlich und sind nach wie vor schwierig. Um auf dieser Strecke ein Stück weiterzukommen, bereiten die griechischen Euromarsch-Aktivisten vom 31.8. bis 6.9. ein internationales Sommerseminar auf der Halbinsel Chalkidike vor, die Anfang dieses Jahres Schauplatz massiver Erwerbslosenproteste war. Erwerbslose und Gewerkschafter aus den Balkanstaaten, der Türkei und osteuropäischen Staaten sollen für die Teilnahme gewonnen werden.

Am 8. Mai wird ein Internationaler Aktionstag der Erwerbslosen stattfinden. An der deutsch-französischen Grenze, insbesondere an Europabrücke zwischen Straßburg und Kehl, wird es gemeinsame Protestaktionen geben.

Am 13. Juni werden die Euromärsche in Cardiff (Südwales) eine Demonstration gegen den dort am 15. Juni tagenden EU-Gipfel durchführen, um ihre Ablehnung der Blairschen Sozialstaatsreformen im Sinne eines „work for welfare“ zu bekunden, die zum Modell auch für andere EU-Staaten zu werden drohen.

Die Europäischen Märsche bereiten sich darauf vor, im kommenden Jahr anlässlich des EU-Gipfels am 6. Juni 1999 mit Märschen und anderen Aktionen wieder zu einer europäischen Großdemonstration nach Köln/Bonn zusammenzukommen. Zur dessen Vorbereitung organisiert Euromarsch im Januar 1999, ebenfalls in Köln, eine europäische Konferenz von Gewerkschaftern und Erwerbslosen.



Die Brüsseler Konferenz hat den engen inhaltlichen Zusammenhang mit der Thematik des Weltwirtschaftsgipfels unterstrichen, der am 27. Juni ebenfalls in Köln/Bonn stattfindet (Liberalisierung der Weltmärkte, totale Ungebundenheit der transnationalen Konzerne von staatlichen Umwelt- und sozialen Auflagen, etc.). Die Euromärsche sind um eine enge Zusammenarbeit und Abstimmung mit den OrganisatorInnen der Gegenaktivitäten zum Weltwirtschaftsgipfel bemüht.

Die Europäischen Märsche unterstützen die Mobilisierungen gegen das MAI, den Weltmarsch der Kinder (29.4.-31.5.98) und den Weltmarsch der Frauen gegen Armut im Jahr 2000.

Angela Klein ist Redakteurin der SoZ

Lateinamerika

Alternativ-Gipfel lehnt AFTA ab

„Wir haben keinen Grund zu glauben, daß die von den Regierungen unterschriebenen Verpflichtungen erfüllt werden.“ So äußerten sich die TeilnehmerInnen auf dem „Gipfel der Völker“, der parallel zum Amerika-Gipfel stattfand.

Erstmals hatten sich in Santiago Gewerkschaften, indigene, feministische, ökologische und Menschenrechtsorganisationen getroffen, um sich beim offiziellen Gipfel über die Errichtung einer kapitalistischen Freihandelszone für ganz Amerika (AFTA) Gehör zu verschaffen.

Sie diskutierten vier Tage lang selbst über ihre Arbeit bezüglich der Probleme in der Region und sprachen sich für eine wirkliche Integration zum Nutzen der Völker aus. In 61 Foren debattierten ihre Delegierten Alternativen der ökonomischen Integration in den Bereichen Umweltschutz, Frauen und Diskriminierung der indigenen Bevölkerung und den Schutz der Menschenrechte.

Ins Leben gerufen wurde der alternative Gipfel vom Chilenischen Netzwerk für die Initiative der Völker (RECHIP), vom Nationalen Gewerkschaftsbund Chiles (CUT) und von der Regionalen Interamerikanischen Arbeitsorganisation.

Die 1.200 Delegierten lehnten auf dem Kongreß das Multilaterale Abkommen über Investitionen (MAI) ab und verurteilten auf das Schärfste den Ausschluß Kubas vom offiziellen Gipfel der Staatschefs – Bedingung für die Teilnahme von US-Präsident Clinton.

Das von den Staatschefs erörterte AFTA halten sie für undemokratisch und fürchten die sozialen Kosten dieses ausschließlich die multinationalen Konzerne begünstigenden Projekts.

„Wir brauchen keine Freihandelszone, sondern eine strenge Regulierung der Investition multinationalen Kapitals in unseren Ländern“, sagte Juana Quispe Ary von der Vereinigung der Koka-Bauern aus Cochabamba (Bolivien).

Der Vorsitzende des Internationalen Zentrums für Menschenrechte und Entwicklung in Kanada, Warren Allmand, erklärte, die zivilgesellschaftliche Beteiligung an der Umsetzung dieser Verträge sei unverzichtbar, um der Untergrabung arbeitsrechtlicher Errungenschaften in den jeweiligen Ländern entgegenzuwirken.

Die 350 Teilnehmerinnen des Frauenforums war wesentlich radikaler: „Wir lehnen diese Art von Wirtschaftsverträgen grundsätzlich ab, da sie die fundamentalen Rechte der Arbeiterinnen gefährden.“ Die Teilnehmer des Alternativgipfels forderten trotzdem, in die Ausarbeitung des Wirtschaftsabkommen einzbezogen zu werden, sowie ein Mitspracherecht auf dem nächsten Präsidentengipfel.

Das Alternativtreffen endete mit einer Kundgebung im Zentrum Santiagos. Die Teilnehmer riefen zur Bildung einer kontinentalen sozialen Allianz auf, um der offiziellen Politik der ökonomischen Regionalintegration ein demokratisches Pendant gegenüberzusetzen. Der 1. Mai wurde zum Kampftag der Völker für eine demokratische Mitbestimmung der Gesellschaft an den Entscheidungen über Handelsabkommen wie AFTA erklärt. Am 23. Oktober sollen die „Erste kontinentale Tagung gegen sozialen Ausschluß und Marginalisierung“ und gleichzeitig Kundgebungen, Konferenzen und Streiks in allen Ländern Amerikas stattfinden. Das nächste Kontinentaltreffen ist für das Jahr 2000 vorgesehen.

(hav / poonal)

Israel: Freilassung des Atomtechnikers Vanunu gefordert

Unter dem Motto „Am Pessach Fest der Befreiung – Freiheit für Mordechai Vanunu“ folgten einige Dutzend Israelis dem Ruf des israelischen Komitees für Mordechai Vanunu und eine ABC-freie Zone im Nahen Osten und hielten eine Mahnwache vor dem Haupttor des Schikmon-Gefängnis in Aschkalon ab. Dort ist Vanunu seit 12 Jahren eingekerkert – bis vor kurzem in strenger Isolationshaft.

Der ehemalige Techniker im Kernreaktor „Dimona“ in der Negev-Wüste wurde 1986 hinter verschlossenen Türen zu 18 Jahren Haft als „Spion“ und „Landesverräter“ verurteilt, weil er die Geheimnisse der israelischen Kernwaffenproduktion in diesem Reaktor in der „London Times“ bekannt machte. Amnesty International hatte ihn dafür für die Friedensnobelpreis vorgeschlagen.

Brasilien: Proteste der Landlosen

Im Gedenken an ein Massaker vor zwei Jahren am 17. April haben in ganz Brasilien landlose Bauern für eine Agrarreform demonstriert. Vor dem Justizpalast in der Hauptstadt Brasilia stellten die Demonstranten 22 Särge ab.

Sie symbolisieren die 19 Bauern, die am 17. April 1996 von der Militärpolizei im Amazonas-Bundesstaat Para erschossen wurden, und drei andere Ermordete. Die demonstrierenden Bauern fordern die schnelle Zuteilung von Land und die Bestrafung der Verantwortlichen für das Blutvergießen.

Die brasilianischen Zentralregierung hatte kurz vor dem Jahrestag die Truppen von Bundespolizei und Armee in Para verstärkt, um blutige Zusammenstöße zwischen Landlosen und Milizen der Großgrundbesitzer zu verhindern. Ende März waren in der Region zwei führende Vertreter der Landlosenbewegung ermordet worden.

Afrika: Gewerkschaftskonferenz zur Lage auf dem Kontinent

Gewerkschaftsvertreter aus 42 afrikanischen Staaten hatten sich Ende März in Nairobi versammelt, um gemeinsame Probleme zu beraten.

Die dreitägige Konferenz war von der afrikanischen Sektion des „Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften“ (IBFG) in der Hauptstadt Kenias veranstaltet worden. Auf der offiziell

len Tagesordnung stand der Schutz der Arbeiterrechte angesichts der „ökonomischen Globalisierung“.

Zahlreiche Diskussionsredner verwiesen auf die verhängnisvollen sozialen Auswirkungen der sogenannten „Strukturanzapassungspläne“, die der „Internationale Währungsfonds (IWF)“ und die Weltbank den afrikanischen Staaten aufdiktieren.

Gegenstand der Kritik waren ebenso die Strategien der in Afrika operierenden multinationalen Firmen, der enorme Umfang der Kinderarbeit, die Zunahme schlecht bezahlter Gelegenheitsarbeit als generelle Erscheinung in Afrika, die von den Dogmen des Neoliberalismus inspirierte Wirtschafts- und Sozialpolitik zahlreicher afrikanischer Regierungen

und die sich immer weiter ausprägende Exportorientierung der von zahlreichen kapitalistischen Großunternehmen in Afrika entwickelten Produktion.

Außerdem verwiesen mehrere Delegierte darauf, daß in einer Reihe von afrikanischen Staaten die gewerkschaftliche Tätigkeit nach wie vor unterdrückt und verfolgt wird.

Der Vorsitzende der afrikanischen Sektion des IBFG, der Senegalese Madia Diop, hob hervor, daß die Privatisierungen, die im Rahmen der „Strukturanzapassungspläne“ vom IWF erzwungen werden, die Vergrößerung der Zahl der Arbeitslosen und eine Reduzierung der Kaufkraft der Beschäftigten „in fast allen afrikanischen Ländern“ zur Folge hatte.

Ecuador: Streiks übten Einfluß aus

(Quito/Mexiko-Stadt, 21. April 1998, pulsar-Poonal). – Der Vorsitzende der verfassunggebenden Versammlung in Ecuador, Osvaldo Hurtado, ist zurückgetreten. Er protestierte damit gegen den Meinungswandel einer Abgeordnetenmehrheit, die am vergangenen Donnerstag überraschend gegen die Privatisierung des Rentensystems gestimmt hatten. Weiterhin wird vorerst allein die staatliche Sozialversicherungsbehörde für die Rentenverwaltung und -auszahlung zuständig sein.

An dieser Entscheidung hatten die landesweiten Aktionen der ecuadoreanischen Campesinos großen Anteil. Die Campesinos wandten sich gegen die Abschaffung der bäuerlichen Sozialversicherung.

Mehrere Tage lang blockierten sie Straßen in fast allen Provinzen des Landes. Die Räumungen durch Militär und Polizei hatten nur eine kurzfristige Wirkung.

Am 15. April verschärfte sich die Lage, als die aufgebrachten Bauern fünf Ölbunnen besetzten. Dabei forderten die Auseinandersetzungen mit dem Schußwaffen einsetzenden Militär zwei Tote unter den Campesinos.

Nach dieser Zuspitzung gab es die Kehrtwende der Abgeordneten in der verfassunggebenden Versammlung.

(Zusammenstellung hav)



AUSTRALIEN: SIEG FÜR DIE HAFENARBEITER – Mit Jubel begrüßten letzte Woche in Sydney streikende Hafenarbeiter eine Gerichtsentscheidung. Im Konflikt um die Entlassung von 1400 gewerkschaftlich organisierten Hafenarbeiter unterlag das Unternehmen Patrick Stevedores. Am 7. April holte die größte australische Hafengesellschaft, Patrick Stevedores, zum ganz großen Schlag aus und entließ ihre gesamte Belegschaft. Begründung: die Gewerkschaft habe sich uneinsichtig gezeigt, Entlassungen und andere Maßnahmen zur Produktivitätssteigerung zu akzeptieren. Im heftigen Konflikt mit Polizei, Privatsheriffs und Streikbrechern nahmen die ausgesperrten Arbeiter ihren Kampf für die Wiedereinstellung auf. Das brachte den vorläufigen Erfolg. Nach einer Eilentscheidung des Gerichts müssen die entlassenen Kollegen wieder eingestellt werden.



„Nutzt Mannheims Rasenflächen!“ Unter diesem Motto nahmen am 18. April etwa 250 Menschen den Mannheimer Paradeplatz in Beschlag. Mit dieser Besetzung von Mannheims zentralstem Platz und zahlreichen „ungewollt“ begangenen Verstößen gegen die neue Mannheimer Polizeiverordnung beantworteten die Beteiligten die auf einem Transparent gestellte Frage „Wem gehört die Stadt“ eindeutig: allen Menschen, die in ihr leben! In Form eines Happenings bzw. Picknicks protestierten die TeilnehmerInnen gegen die immer repressiver werdende „Ordnungspolitik“

üps

Kundgebung gegen Nazi-CD-Laden

OFFENBACH. Auf Initiative der „Kampagne gegen rechten Sounddreck“ und verschiedener Antifa-Gruppen führten am 18. April etwa 200 Menschen eine Kundgebung vor einem von Nazi-Skins betriebenen CD-Laden („CD-Room“) in Offenbach-Bieber durch. Es wurden Redebeiträge über das Blood & Honour-Netzwerk, zur Kampagne „Kein Mensch ist illegal“ sowie zum NPD-Aufmarsch am 1. Mai in Leipzig gehalten. Während und im Anschluß an die Kundgebung gab es – zum Teil gewalttätige – Provokationen durch eine Gruppe von Neonazis.

ola

gefaßt, der zumindest einen kleinen Erfolg darstellt:

Verweisung an den Oberstadtdirektor mit folgender Empfehlung: Es wird empfohlen, soweit sich die Eingabe nicht erledigt hat, sie hinsichtlich der Überlassung städtischer Räume in die Überlegung zur (Neu)unterbringung der Breslauer Sammlung einfließen zu lassen. Dabei ist zu prüfen, ob das Konzept der Sammlung sowie die veranstalteten Vorträge die Verwendung öffentlicher Gelder rechtfertigen und ob andere Organisationsformen (z.B. Stadtarchiv) möglich sind. Dem Hauptausschuß ist ein entsprechender Beschußvorschlag vorzulegen.

jöd

PDS-Bürgerantrag zum Teil verwirklicht

KÖLN. Die Kölner PDS hatte sich mit einem Bürgerantrag an den Rat gewandt und die Streichung der Fördermittel für die Breslauer Sammlung gefordert. Der Beschwerdeausschuß befaßte sich mit der Kritik, daß hier ein Verein unterstützt wird, der die bestehenden Grenzen nicht anerkennt und revanchistische Politik betreibe. Auf einer Versammlung der Breslauer Sammlung hatte Hupka z.B. davon gesprochen, daß Schlesier das Erbe der Vertriebenen sei. So hat die örtliche Vereinigung des Bundesverbandes der Vertriebenen z.B. versucht, eine Veranstaltung mit einem neofaschistischen Redner im vergangenen Jahr durchzuführen. Das Bundesfinanzministerium weist in einer Entscheidung darauf hin, daß alle Vertriebenenorganisationen, die in ihren Satzungen „Rückerrstattung“ und „Entschädigungsansprüche“ erheben, vom Staat keine Gelder erhalten dürfen, weil das sonst ein Verstoß gegen das Völkerrecht sei. Im Raum Düsseldorf/Köln/Bonn gibt es unter anderem drei Museen für Schlesier. Selbst der Vatikan würde jetzt seine alten Grenzziehungen ändern, warum dann nicht die Stadt Köln. Die Stadtverwaltung sehe keine Probleme, die Sammlung sei von kunst- und kulturhistorischer Bedeutung, und bezog sich auf einen Beschuß des Hauptausschusses von 1987. Mit den Stimmen der SPD und der Grünen wurde dann sinngemäß folgender Beschuß

bombenabwurfs auf Nagasaki) nicht nur vor und in Siemensniederlassungen demonstriert werden, auch in der Botschaft der Türkei soll der Protest zum Ausdruck kommen. Im weiteren wurde eine Resolution gegen den Uranabbau in Canada verabschiedet, eine Solidaritätserklärung an die Jabiluka Coalition in Australien verfaßt und eine Protestnote an die TAZ geschickt, die die Forderungen enthielt, Anzeigen für Atomkonzerne und den Informationskreis Kernenergie zukünftig zu unterlassen und eine Gegendarstellung zu der geschalteten Anzeige in gleicher Form zu veröffentlichen.

Quelle: CL-Netz, aus PE 20.4.

Konferenz der Anti-AKW-Bewegung

ERFURT. Etwa 170 AtomkraftgegnerInnen aus der gesamten Bundesrepublik trafen sich vom 17. bis 19. April zur halbjährlich stattfindenden Konferenz in Erfurt. „Wie weiter?“ fragten sich die TeilnehmerInnen der Arbeitsgruppen und der Plenaren. Im Vordergrund der Diskussion stand der Castortransport aus dem stillgelegten AKW Rheinsberg nach Greifswald. Dort soll mit dem neuen Zwischenlager eine Ausweichmöglichkeit für Castorbehälter geschaffen werden. „Bei ihrer Suche nach widerstandsfreien Gegenden werden sie auch im Osten nicht fündig werden“, prophezeite Rossi Poldrack von der BI in Greifswald. Ebenso laufen die Vorbereitungen gegen den für Oktober angekündigten Atommülltransport nach Gorleben an. In diesem Sommer sollen darüber hinaus Transporte in die WAA nach Frankreich oder Großbritannien aufgehalten werden. Aynur Tuncer aus Istanbul, eine Vertreterin der türkischen Anti-Nuklearen Plattform, informierte über die Bewerbung der Siemens AG für den Bau eines AKWs in Akkuyu. An der südlichen Mittelmeerküste soll das erste Atomkraftwerk der Türkei entstehen. Die Konferenz diskutierte konkrete Schritte internationaler Solidarität; die Boykott-Kampagne gegen die Atompolitik des Unternehmens erhält dadurch zusätzliche Motivation. So soll am Siemens-Boykott-Aktionstag am 9. August (dem Gedenktag des Atom-

Aktionen gegen den Coburger Convent am 30. Mai in Vorbereitung

COBURG. Seit Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre hat sich ebenso traditionell wie der Coburger Convent, der in der ehemaligen Residenzstadt Jahr für Jahr zu Pfingsten seinen reaktionären Zauber veranstaltet, unter Coburgs fortschrittlicher Jugend Widerstand dagegen formiert. Bereits am 24. April fand eine Info-Veranstaltung statt. Darüberhinaus existiert ein Aufruf, der auch schon von zahlreichen linken, antifaschistischen und autonomen Gruppen sowie demokratisch und antifaschistisch gesinnten Einzelpersonen unterstützt wird. Darin heißt es u.a.: „Der Coburger Convent (CC) ist eine Vereinigung von Landsmannschaften und Turnerschaften. Er stellt ein Sammelbecken rechtskonservativer und deutschnationaler Kräfte dar. Schon immer (ge-)brauchten die HERRschenden, um ihre Machtposition zu festigen, willfährige Gehilfen. Gerade das Korporationsstudententum bietet weißen, funktionierenden, „nichtbehinderten“, deutschen Männern die Möglichkeit, in führende Positionen gehoben zu werden ... Wir werden am Pfingstsonntag eine überregionale Demonstration unter dem Motto „Kampf den Eliten“ durchführen ... Wir brauchen keine Eliten, sondern gleiche Bedingungen für ALLE“

Die Demo beginnt am 30.5. um 13.30 Uhr gegenüber vom Bahnhof (HUK-Vorplatz).

Aus: nachrichten & standpunkte

„Mehr Geld für Bildung“

MÜNCHEN. 15 000 Eltern, Lehrer und Schüler beteiligten sich laut Angaben des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbands (BLLV) am 25. April an einer Demonstration „Mehr Geld für Bildung“ in München. Einen Tag zuvor hatte das Kultusministerium mit konservativen Lehrerverbänden zusammen eine Pressekonferenz durchgeführt, auf der der BLLV an den Pranger gestellt wurde. Dieser plant nämlich die Einleitung eines Volksbegehrens „Schulreform 2000“, mit dem er sich u.a. gegen die Pläne der Staatsregierung wenden will, die Zugänge zu den Gymnasien auf die Note 2,0 in Deutsch und Mathematik anzuheben und die definitive Entscheidung über die Schullaufbahn in die 4. Grundschulklassen zu legen. Überdies fordert der BLLV wohnortnahe Bildungsangebote, mehr Mitspracherechte der Eltern sowie jährlich 1000 zusätzliche Lehrerstellen. Kultusminister Zehetmair (CSU) wittert darin den Versuch zur Abschaffung des bayerischen Gymnasiums und zur Einführung der Einheitsschule. Er stellt dem die sog. „Bildungsoffensive“ der Staatsregierung gegenüber, mit der ja 2500 neue Lehrer eingestellt würden. Doch hier rechneten Lehrer nach: „2500 Lehrer auf Zwei-Drittel-Verträgen entsprechen nur rund 1650 Vollzeit-Lehrkräften. Und rechnet man nach, wie die Relation zwischen diesen und dem Schülerzuwachs von zirka 70 000 ist, erstirbt jegliche Freude. Für über 42 Schüler wird eine einzige Lehrkraft eingestellt. Das heißt nichts anderes, als daß in den bevorstehenden vier Schuljahren keine Verbesserungen kommen, sondern lediglich die vorgesehenen Verschlechterungen abgemildert werden.“ *baf*



Personalversammlungen Hamburger Schulen erklären: Das machen wir nicht mit! Wir lehnen es ab, daß eine verfehlte Finanzpolitik in Hamburg und im Bund erneut auf dem Rücken der Beschäftigten und der SchülerInnen ausgetragen werden soll.

Der Vorschlag ist bildungspolitisch eine Katastrophe, denn die drastische Kürzung der Lehrermehrstunden verhindert die Förderung von SchülerInnen des allgemeinbildenden Schulwesens und beseitigt ein differenziertes Lernangebot. Diese Maßnahmen machen bedarfsgerechten Unterricht an Berufsschulen unmöglich, gefährden die

Abschlüsse der Auszubildenden und verringern ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt. (...)

Wir werden die Streichung der Altersermäßigung für die älteren KollegInnen nicht zulassen!

Die bildungspolitische Konzeptlosigkeit und der Zynismus hinter den personalpolitischen Vorschlägen schaffen ein Klima von Neid und Mißgunst, in dem eine ernsthafte Diskussion in den Schulen über Veränderungen und Innovationen unmöglich wird. Wir LehrerInnen und Lehrer aller Schulformen lassen uns nicht spalten und lehnen das Angebot der Senatorin als Farce ab!

Zunehmende Proteste an den Schulen

„Das machen wir nicht mit!“

HAMBURG. Nachdem in der vorigen Woche 50 Berufschul-Schulleiter in einer Aufsehen erregenden Pressekonferenz - so etwas gab es in Hamburg noch nie - vor einem „Kahlschlag im beruflichen Schulwesen“ gewarnt hatten, demonstrierten am 20.4. knapp 2.000 LehrerInnen aller Schularten zum Gänsemarkt. Auf überfüllten Personalversammlungen hatten sie zuvor gefordert, die „Kürzungsvorschläge insgesamt zurückzuziehen und den Punkt Bildung im Koalitionsvertrag erneut zu verhandeln“. Wie erinnerlich ist, hatte die Schulsenatorin Raab kurz vor den Frühjahresferien ihre Vorschläge zur Umsetzung des Koalitionsvertrages an die Schulen verschickt. Bis zum Jahr 2001 sollen danach rund 1.200 Lehrerplanstellen aus dem Bestand geschnitten und nicht eingerichtet werden, obwohl 13.400 SchülerInnen mehr erwartet werden. Es sollen sogar noch Stellen gestrichen werden. Um diese Schülerzahl dennoch verkraften zu können, wird die Altersermäßigung für die über 55jährigen von 1-2 Stunden gestrichen, sollen einzelne Lehrergruppen mehr arbeiten, werden Koordinierungs- und Förderstunden gestrichen. Vor allem aber sollen die sogenannten Teilungsstunden zu 50% gekürzt werden, weil Hamburg hier angeblich besser dastehe als das Bildungswesen in den übrigen Bundesländern (Teilung bedeutet, daß jeweils eine halbe Klasse in Labors oder Werkstätten oder am Computer unterrichtet wird). Den Schulleitungen und Hauptschullehrern sollen dagegen Stunden erlassen werden. Die Schulsenatorin hat darüber hinaus angeboten, daß die Lehrer auch vorschlagen können, lieber die Klassenfrequenzen zu erhöhen als länger zu arbeiten oder weniger Kürzungen an den Berufsschulen durchzuführen, um so mehr dafür an Grundschulen. Übereinstimmend erklärten die Personalversammlungen dazu: „Das machen wir nicht mit! (s.Kasten) Plastisch wurden die konkreten Folgen

beschrieben: An Haupt- und Realschulen kann kein Physik- und Chemieunterricht mehr mit Schülerversuchen, an Handelschulen keiner mehr an Computern und im Internet erfolgen. In der Elektrotechnik muß viel ausfallen, weil die Sicherheitsbestimmungen nicht mehr eingehalten werden. 33 Vorschulklassen wurden gestrichen, und in den Leistungskursen der Gymnasien sollen wegen der Frequenzerhöhung die sowieso schon 50 Stunden arbeitenden Klausurkorrektoren mehr Klausuren nachsehen. An Förder- und Gesamtschulen fallen Koordinationsstunden weg, ansonsten viele Nachmittagskurse für die Schüler. 60% der Kürzungen soll alleine der Berufsschulbereich verkraften - ein gesellschaftspolitischer Skandal, wenn man bedenkt, daß viele Schulabgänger überhaupt nur deshalb eine berufliche Erstausbildung erhalten, weil sie eine Vollzeitberufsschule besuchen.

Die Erbitterung an den Schulen ist auch deshalb so besonders groß, weil gerade der Bildungsbereich sich von dem neuen rot-grünen Senat Reformen versprochen hatte. Nun erlebt er, daß nach der Kürzung von 1.500 Lehrerplanstellen durch den vorigen Senat der heutige noch mehr spart.

So kommt es denn auch zu neuen und ungewohnten Protestbündnissen: Zu der Demonstration vor die Finanzbehörde hatten GEW und der Dtsch. Lehrerverband gemeinsam aufgerufen.

Für den 28. Mai rufen GEW, DL, DAG, DGB, ÖTV, Lehrer-, SchülerInnen- und Elternkammer zu einem hamburgweiten Aktionstag auf: Vormittags wird im Unterricht über die Kürzungsvorschläge unterrichtet, dann gibt es Schüler- und Lehrervollversammlungen an den Schulen, ab 12 Uhr setzen sich Demonstrationszüge in Bewegung, um um 13.00 auf dem Gänsemarkt anzukommen.

Dem Bildungsbereich stehen heiße Wochen bevor. *Horst Bethge, Bildungspolitischer Sprecher der PDS*

Europäischer Aktionstag gegen Diskriminierung und für die Gleichstellung behinderter Menschen

Protestumzug in Hamburg

HAMBURG. Am 5. Mai, dem europäischen Aktionstag gegen die Diskriminierung und für die Gleichstellung behinderter Menschen, demonstrieren auch in Hamburg behinderte und nichtbehinderte Menschen. Seit Herbst 1994 steht zwar im Grundgesetz „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden“, aber weder die Richter an deutschen Gerichten noch die Verantwortlichen der Sozialverwaltung scheinen sich dadurch sonderlich beeindrucken zu lassen.

Wir lassen uns nicht den Mund verbieten

Das Kölner Oberlandesgericht hat einem Musiklehrer, er sich durch die ihm unverständliche Sprache seiner geistigbehinderten Nachbarn gestört fühlte, mit der Begründung Recht gegeben: „Bei den Lauten, die die geistig schwerbehinderten Heimbewohner von sich geben,“ handele es sich „um mißlingende Sprechversuche“, „in denen für das ungeübte Ohr weder Gedanken noch Gefühle zum Ausdruck gelangen“, daher „ist der ‚Lästigkeitsfaktor‘ besonders hoch“. So empfindet nach Auffassung des Gerichts „nicht nur der ‚normale‘ Durchschnittsmensch, der sich leicht von Vorurteilen leiten läßt, sondern auch der ‚verständige‘ Bürger (und Nachbar), dessen Haltung gegenüber Behinderten nicht von falschem Wertigkeitsdenken, sondern von Mitmenschlichkeit und Toleranz geprägt ist“. Mit deutscher Gründlichkeit hat das Gericht entschieden, daß die Geistigbehinderten in ihrem eigenen Garten an Sonn- und Feiertagen nur bis 12.30 Uhr, Mittwochs und Samstags nur bis 15.30 Uhr und an den übrigen Tagen nur bis 18.30 Uhr sprechen dürfen. Danach müssen die Betreuer eingreifen, „sobald störende Laute vernehmbar werden“.

Wir lassen uns nicht als Pflegefall wegsperren

Wie in anderen Bundesländern schon praktiziert, will auch in Hamburg die Sozialbehörde Behinderteneinrichtungen in Pflegeheime umwandeln, um die vollen Leistungen der Pflegeversicherung zu erhalten. Für die pflegeabhängigen BewohnerInnen der davon betroffenen Einrichtungen bedeutet das, daß sie zukünftig in Pflegeabteilungen zusammengelegt und mit weniger Personal als bisher nur noch pflegerisch versorgt werden. Jeder darüberhinausgehende Hilfebedarf - pädagogische Förderung, soziale Begleitung etc. - muß extra beantragt und begründet werden.

Wir lassen uns nicht zum Kostenfaktor machen

Das Bundesverfassungsgericht hat im

Herbst letzten Jahres erstmalig zum Benachteiligungsverbot ein Urteil gefällt. Danach stellt die Einweisung in eine Sonderschule gegen den ausdrücklichen Willen der Betroffenen keine grundgesetzwidrige Benachteiligung dar, da „staatliche Maßnahmen zum Ausgleich einer Behinderung nur nach Maßgabe des finanziell, personell, sachlich und organisatorisch Möglichen verlangt und gewährt werden können“. Integration ist also schön und gut, darf aber nichts ko-

sten. Das Gericht verlang darüber hinaus, „auch die mit einer solchen Maßnahme möglicherweise verbundenen Belastungen zu würdigen. Letzteres gilt mit Blick auf das behinderte Kind selbst, ist aber darauf nicht zu beschränken. Vielmehr sind auch denkbare Belastungen für Mitschüler und Lehrpersonal einzubeziehen“.

Mit dieser Urteilsbegründung kann zukünftig jede Integrationsmaßnahme gestoppt werden. •



Antifaschistischer Gedenktag

„Das Geheimnis der Versöhnung heißt Erinnerung“

REGENSBURG. Noch sind bei weitem nicht die Namen aller Häftlinge bekannt, die im Regensburger Colosseum, einer Außenstelle des KZ Flossenbürg, umgebracht wurden. Die Namen, die bislang eruiert werden konnten, wurden am Donnerstag, den 23. April, von Mitgliedern und Sympathisanten der Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken auf einem langen, langen Transparent durch Regensburg getragen. Der Demonstrationszug zum antifaschistischen Gedenktag, der von einer ganzen Reihe antifaschistischer Organisationen mitgestaltet wurde, begann am Gedenkstein für die KZ-Opfer gegenüber dem Colosseum im Stadtteil Stadtamhof und führte über die Steinerne Brücke zuerst zum Neupfarrplatz als Ort der faschistischen Bücherverbrennung und Treffpunkt Regensburger Widerstandskämpfer. Unter dem Transparent mit der Hauptlösung „Das Geheimnis der Versöhnung heißt Erinnerung“ berichteten Mitarbeiter der Initiative KZ Flossenbürg über das Schicksal der Antifaschisten. Die nächste Station war die Ruine der am 9. November 1938 niedergebrannten Synagoge. Vertreter der Jüdischen Gemeinde erwarteten dort den Zug und sprachen zu den Teilnehmern. Schließlich erreichte der Zug den Dachauplatz mit dem Denkmal der

letzten Nazi-Opfer Regensburgs, die getötet wurden, weil sie die Stadt vor der Verteidigung retten wollten. Hier schilderte ein Vertreter der IG-Metall-Jugend, wie heute die Nazis wieder soziale Demagogie betreiben. Der Kampf der Gewerkschafter gegen Sozialabbau, so seine Schlußfolgerung, ist auch deshalb wichtig, weil dieses Thema nicht den faschistischen Rattenfängern überlassen werden darf. Nach dem Vertreter einer Initiative von Schwulen und Lesben sprach zum Abschluß der Vertreter der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten.

An allen vier Stationen wurden Kränze und Blumen niedergelegt. Alle Ansprachen wurden in die tschechische Sprache übersetzt, da aus der Nachbarstadt Domazlice eine etwa 50köpfige tschechische Delegation von der Linken Frauenvereinigung und dem Klub der tschechischen Grenzgebiete gekommen war, um an dem Gedenktag teilzunehmen. – Eine herzliche Atmosphäre prägte das anschließende Freundschaftssessen mit den tschechischen Gästen, die ihre Gastgeber im Geigenzug zum 1. Mai einluden. (rh)



Vera Pickowa,
tschechische
Widerstands-
kämpferin und
KZ-Häftling in
Ravensbrück,
übersetzt die
Ansprache der
IG-Metall-
Jugend

„Der Widerstand muß stärker werden“

KÖLN. „Wir tauchen auf“ stand auf einem Transparent, das über der Reling des Rheinschiffes „MS Godesia“ wehte. 350 Leute brachen von Köln mit einem Schiff auf zur Landeshauptstadt nach Düsseldorf, um für eine Bleiberecht der kurdischen Flüchtlinge einzutreten. „Ein buntgemischtes Völkchen“ wie hinterher die Presse schreibt, darunter nicht nur die 100 Kurden mit ihren Kindern, die sich im Kirchenasyl befinden, sondern auch Leute aus den unterschiedlichsten politischen Spektren, Menschen aus Kirchenkreisen, Prominenten Medienvertreter wie Bettina Böttinger, die Schauspielerin Renan Demirkan, die Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke (PDS) und Barbara Steffens, Landesprecherin der NRW-Grünen. Günter Grass, Ralf Giordano sind verhindert und senden Grüße. Während der Fahrt nach Bonn gibt es nicht nur ein gutes Kulturprogramm, ne-



ben der Pressekonferenz berichten die Flüchtlinge über ihre aktuelle Lage und Parteivertreter drücken ihre Solidarität aus. 16 Kirchengemeinden unterstützen inzwischen das Kirchenasyl. In Düsseldorf wird das Schiff von ca. 150 Leute

empfangen. Gemeinsam demonstriert man zum Innenministerium. Eine Delegation der Demonstration wird auch von Vertretern der Landtagsparteien empfangen. Ein zweistündiges Gespräch folgt. Anschließend berichtet Albrecht Kieser für die Delegation, den Teilnehmern die lange warten mußten. „Es ist ein Erfolg, daß die Politiker überhaupt mit uns gesprochen haben, und von ihrem hohen Roß runtergekommen sind.“ Die Grünen befürworten einen Abschiebe- stopp, SPD und CDU erklären sich immerhin bereit, den Dialog fortzusetzen. „Unser Widerstand muß noch breiter werden, damit wir die Landtagsabgeordneten unter Druck setzen können“ meinte der Sprecher der Delegation.

Die Demonstration zog danach zurück zum Schiff. Hier gabs erst einmal Kaffee und Kuchen für alle. Die Delegation berichtete noch einmal ausführlich über die Gespräche. Mit vielen kulturellen Beiträgen ging es rheinaufwärts zurück nach Köln. Um 19.45 empfingen 100 Kölner das Schiff. Am Abend fand dann noch ein kleines Konzert am Rheinufer statt. jöd

Fotos: Arbeitsfotografie

Sollte das Gesetz tatsächlich den Bundestag passieren und von den Behörden angewandt werden, stehen Kirchen und Bürgerinitiativen vermutlich vor der Aufgabe, Suppenküchen und Notquartiere für viele zehntausend Menschen überall in Deutschland zu organisieren. Harald Rohr zur drohenden Situation: „Der Gesetzgeber stellt sich auf den Standpunkt, die Menschen hätten freiwillig aus Deutschland zu verschwinden. Aus humanitären und technischen Gründen ist das für viele aber nicht möglich. Damit werden sie zu Abschiebekandidaten. Die Abschiebung scheitert wiederum an unterschiedlichen Hindernissen, oft am Verhalten der beteiligten fremden Regierungen. Da die Leute aber freiwillig hätten gehen sollen, gibt es keinerlei Hilfe zum Lebensunterhalt mehr.“

(CL-Netz)



Kampf gegen das AsylbLG!

Unterstützt Harald Rohr

Herne. 3. Weltzentrum, Overwegstr.31, 44625 Herne, Tel. 02323-49 69 70, Fax 02323-49 69 56 – Der Hungerstreik unseres Mitarbeiters Pfarrer Harald Rohr aus Protest gegen das 2. Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes geht in die vierte Woche.

Das von CDU und SPD im Bundesrat durchgesetzte Gesetz wird derzeit noch im Bundestag beraten. Nach dem vom Bundesrat beschlossenen Wortlaut nimmt es bis zu 250.000 Flüchtlinge mit dem Status einer Duldung von allen öffentlichen Leistungen aus. Die Flüchtlinge könnten infolgedessen Nahrung, Unterkunft und andere Grundbedürfnis-

se nicht mehr bezahlen.

Harald Rohr möchte mit seiner Aktion denjenigen Politikerinnen und Politikern den Rücken stärken, die – auch in den großen Parteien – das vorliegende Gesetz für unannehbar halten. „Allerdings sehe ich die Gefahr, daß die Sache auch im Bundestag durchgezogen wird. Anders als beim Großen Lauschangriff, wo es um angesehene Berufsgruppen der deutschen Gesellschaft ging, haben die bloß geduldeten Flüchtlinge so gut wie keine Stimme.“

Inzwischen haben sich eine Reihe von Menschen bei unserem Zentrum und bei Harald Rohr persönlich gemeldet, die sich der Streikaktion gegen das unmenschliche Gesetz anschließen. Weitere Absichtserklärungen erbitten wir an das Zentrum oder an die Telefonnummer Herne 02323/40163.

„...eine von parteipolitischen Machtinteressen geprägte Bezirks-Zusammenlegung“

Als „Jahrhundertreform“ feierten CDU und SPD Ende März die mit ihrer Zweidrittelmehrheit im Berliner Abgeordnetenhaus durchgesetzte sog. „Bezirksreform“, d.h. die Zusammenlegung von bisher 23 Berliner Stadtbezirken zu künftig 12 Bezirken. PDS und Grüne hatten die Reform als undemokratische weitere Zentralisierung der Verwaltung bekämpft, aber nicht verhindern können. Die Redaktion sprach mit dem Vorsitzenden des Ausschusses für Verwaltungsreform im Berliner Abgeordnetenhaus, Peter Rudolf Zottl (PDS).

Die PDS ist in der Auseinandersetzung um die Bezirksreform für eine bürgerliche, demokratische Verwaltung, eine Stärkung der Selbstverwaltung der Bezirke und politische Bezirksämter eingetreten. Was haben damit verglichen CDU und SPD beschlossen?

Nichts von dem. Beslossen wurden die Verringerung der Berliner Bezirkszahl von 23 auf 12, eine von parteipolitischen Machtinteressen der CDU und SPD geprägte Bezirkszusammenlegung sowie juristisch abenteuerliche Übergangsregelungen, die vor allem über kulante Rentenregelungen und persönliche Karrierechancen jene kündern sollten, die innerhalb der Koalition Kritik an der Gebietsreform geübt hatten. Und hier steckt das eigentliche Problem: Im Grundsatz hätte eine bezirkliche Neugliederung zwar nicht die Notwendigkeit zu einer anderen Arbeitsmarkt-, Sozial- und Kulturpolitik ersetzt, aber man hätte z.B. die Verwaltungsstrukturen an längst existierende Wirtschafts- und soziokulturelle Räume, die sich quer zu den Bezirksgrenzen herausgebildet haben, anpassen

können. Das hätte zu sinnvollen Lösungen führen können, wenn es eine öffentliche Debatte sowie die Einbeziehung von parteienunabhängigem Sachverständigem gegeben hätte. Doch die Koalition von CDU und SPD brauchte jetzt eine glückliche Reform, nachdem alle ihre anderen Großprojekte gescheitert waren. Deshalb war die Gebietsreform auch sehr schnell zum einzigen Legitimationsprojekt der Koalition verkommen, und es ging nur noch darum, über alle möglichen Kompromisse die Zweidrittelmehrheit in den eigenen Reihen zu sichern.

Wird die Bezirksreform die finanzielle Ausstattung und die Selbstverwaltung der Bezirke stärken oder weiter schwächen?

Eine Arbeitsgruppe der Koalition hat weitreichende Vorschläge zur Verlagerung von Aufgaben in die Bezirke unterbreitet, aber diese sind jetzt bereits innerhalb der Koalition sehr umstritten, so daß höchstens eine stark abgespeckte Variante zu erwarten sein wird. Das Hauptproblem aber ist, daß eine entsprechende Verlagerung finanzieller und personeller Ressourcen nicht beantragt ist. Die Regierungsparteien sprechen zwar laufend davon, daß sie es vorhaben, aber einen PDS-Antrag zu genau dieser Frage haben sie abgelehnt. Und eine Änderung des Globalzuweisungssystems in diesem Sinne, daß die bezirkliche Eigenverantwortlichkeit gestärkt wird, ist nicht vorgesehen. Im Gegenteil: Die zentralen Eingriffsmöglichkeiten in die Bezirke sind erweitert worden.

Was ist mit den verfassungsmäßigen Rechten der Bezirke? Was ändert sich da?

Noch Mitte Februar 1998 hatte die SPD vollmundig angekündigt, daß sie die bezirkliche Neugliederung und die Aufgabenerweiterung der bezirklichen Organe nur als Paket zur Abstimmung stellen werde. Bereits Anfang März war sie auf Druck der CDU umgefallen, und so stand am 26. März nur die Neugliederung zur Abstimmung, und über die Aufgabenverlagerung soll Ende Mai entschieden werden. Jetzt hat man also 12 Bezirke, aber ob es starke oder ob es schwache bezirkliche Riesengebilde sein werden, ist noch offen. Alle Zeichen – siehe oben – deuten eher auf die zweite Variante hin.

Wie ist der Streit um die politischen Bezirksamtmäter ausgegangen?

Schon heute gibt es eine Mehrheit für das politische Bezirksamt, denn PDS, Bündnisgrüne und offiziell auch die SPD sind dafür. Da die Berliner Verfassungsregelung über die Bezirksamtsbildung nach dem Parteienproporz mit dieser Legislaturperiode ausläuft, wäre es automatisch zum politischen Bezirksamt gekommen. Doch auch hier hat die SPD – entgegen ihren Parteitagsbeschlüssen zur Gebietsreform – dem Druck der CDU nachgegeben und einer Verlängerung der jetzigen Regelung bis 2010 zugestimmt.

Es gibt den Vorwurf, die Koalition habe die Neugliederung der Bezirke auch aus parteitaktischem Kalkül beschlossen, um PDS und Grüne zu schwächen. Was ist da dran?

Die Wahlergebnisse von 1995 zugrundegelegt, würde die CDU in allen neuen sechs Westbezirken die Mehrheit stellen und so das Bürgermeisteramt besetzen. Die SPD würde ihren Einfluß ausbauen und viermal die Mehrheit – in zwei Ostbezirken und in den beiden Mischbezirken – haben. Die Grünen, die jetzt drei Bürgermeisterposten besetzen, wären völlig weg vom Fenster, und die PDS würde in zwei Bezirken die Mehrheit stellen. Insbesondere ging es – und die CDU hat es direkt gesagt – darum, den PDS-Einfluß einzuschränken. So wurden quasi in letzter Minute die beiden PDS-Hochburgen Hohenschönhausen und Lichtenberg zusammengeschustert. Dadurch soll verhindert werden, daß über die bis dahin geplante Fusion der PDS Hochburg Hohenschönhausen mit Weißensee und Pankow ein dritter „PDS-Bezirk“ entsteht.

Die Armut in den Berliner Innenstadtbezirken ist inzwischen sogar ein Thema für die überregionale Presse. Was leistet die Be-



Etwa 200 Menschen demonstrierten am 20. April in Berlin auf der schon traditionellen antirassistischen Demonstration an diesem Tag, mit der zugleich auch eventuellen neofaschistischen Provokationen an „Hitlers Geburtstag“ entgegengetreten werden soll.

zirksreform auf diesem Gebiet? Kreuzberg/Friedrichshain soll das künftige Berliner Armenhaus werden, heißt es.

Genau so wird es wohl werden. Es ging eben z.B. vordergründig darum, den einflußreichen Fusionsgegner und Bürgermeister von Wedding, Hans Nisblé (SPD), ruhigzustellen. So ist Wedding plötzlich Innenstadtbezirk und Nisblé potentieller Bürgermeister des Regierungsbezirks geworden. Dafür opferten CDU und SPD mal eben so die Lebensqualität der Leute in Kreuzberg und Friedrichshain ...

Das Verfassungsgericht hatte die 5%-Klausel bei den Bezirksvertretungswahlen für verfassungswidrig erklärt. Nun kommt angeblich die 3%-Klausel. Ist die besser?

Diese Hürde ist eindeutig auch eine „lex PDS“. Sie wird es 1999 in einigen Westbezirken sehr schwer haben, nachdem sie ohne Sperrklausel in alle BVV gekommen wäre. Außerdem werden 1999 – bis auf drei Bezirke, die bleiben – nicht 45 BVV-Mitglieder, sondern bedeutend weniger gewählt. Ende 2000 sollen diese bezirklichen Schrumpf-BVV in den Grenzen der neuen Bezirke zusammentreten und dann 69 bzw. in den „Dreierbezirken“ 89 Mitglieder haben. So werden in Weißensee 1999 nur 16 BVV-Mitglieder gewählt, und das bedeutet in der Realität, daß man hier weit über 5% der Stimmen haben muß, um einen BVV-Sitz zu bekommen. Begründet wurde die Einführung dieser Sperrklausel damit, daß die neuen Bezirke größere Aufgaben hätten; aber genau diese sind ja nicht beschlossen worden.

Die mit der Bezirksreform verbundene Parlamentsreform sollte die Rechte der Opposition schmälen. Hat die PDS künftig eine/n Vertreter/in ihres Vertrauens im Ausschuß zur Kontrolle des Verfassungsschutzes?

Die Parlamentsreform ist eine Mogelpackung. Man hat zwar die Mindestzahl der Abgeordneten auf 130 reduziert, aber das Verhältnis zwischen Direkt- und Listenmandaten bei 60 zu 40 belassen. Dieses Verhältnis führt zu den 56 Überhangs- bzw. Ausgleichsmandaten im jetzigen Parlament, und auch das neue Abgeordnetenhaus hätte 1999 – bei Wahlergebnissen wie 1995 – nicht 130, sondern ca. 180 Mitglieder. Die von uns vorgeschlagene Änderung des Proporz auf 50 zu 50 würde die Mandate drastisch verringern, das hat die Koalition abgelehnt. Und in der Tat hat die Koalition eine Regelung durchgepeitscht, nach der sich der Verfassungsschutz jetzt seine parlamentarischen Kontrolleure selbst aussuchen kann. Während bislang für alle Ausschüsse galt, daß die Fraktionen die ihnen zustehenden Ausschußsitze mit Personen der eigenen Wahl besetzten, werden jetzt die Mitglieder des Ausschusses für Verfassungsschutz durch das Abgeordnetenhaus gewählt.

VERHÜTUNG: München. Die Kostenübernahme von Kondomen für SozialhilfempfängerInnen durch das Sozialamt ist Inhalt eines Antrags der Grünrosa Rathausfraktion. Bisher übernimmt das Sozialamt zwar die Kosten für die Anti-Baby-Pille oder die Spirale, nicht aber für Kondome. Nach dem Worten von Grünen-Fraktionschef Siegfried Benker hat die Beschränkung auf Pille und Spirale zur Folge, daß Sozialhilfe beziehende Männer, die die Verantwortung für die Verhütung übernehmen wollten, dies aus ihren eigenen geringen Mitteln finanzieren müßten. Zudem, so Benker, böten Kondome den Vorteil, auch vor eventuellen Infektionen zu schützen, insbesondere vor AIDS. Siegfried Benker: „Es ist nicht länger zeitgemäß, Verhütung als ausschließliche Angelegenheit der Frauen zu betrachten. Dem Sozialamt sollte es um so leichter fallen, auch Kondome anzubieten als wesentliche Mehrkosten nicht zu erwarten sind.“

REGIONALVERMARKTUNG: Bonn. In einer neuen Studie des Naturschutzbundes (NABU) werden nicht nur ökologische, sondern auch ökonomische Vorteile kleinräumiger Wirtschaftsstrukturen nachgewiesen. Durch die Bedienung regionaler Märkte finden demnach bereits 7 Prozent aller Versicherungspflichtigen in Deutschland Arbeit. Es kommt zudem zu erheblichen Energieeinsparungen durch Verkehrsvermeidung bzw. kurze Transportwege. Allerdings stellt die Studie fest, daß die globalen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und verschiedene EU-Normierungen hemmend auf die Entwicklung regionaler Märkte wirken. Die Transportkosten fallen bei Wirtschaftlichkeitsberechnungen oft kaum ins Gewicht. Nach den EU-Richtlinien zur Wirtschaftsförderung müssen Betriebe die Hälfte ihres Umsatzes außerhalb der Region erwirtschaften. Dadurch können viele lokale Anbieter die Subventionen nicht in Anspruch nehmen. Kontakt: NABU, Stefanie Lotz, Postfach 30 10 54, 53190 Bonn. (aus: Der Rabe Ralf 4/98)

REVANCHISMUS: Grötzingen/Karlsruhe. Der Ortschaftsrat hat mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen der Grünen Liste beschlossen, eine Straßenrückbenennung in Synagogenstraße abzulehnen. 1934 hatte der Grötzingen Gemeinderat die Synagogenstraße in Krumme Straße umbenannt. Die Grüne Liste Grötzingen und die Kirchengemeinden hatten vom Ortschaftsrat verlangt, diesen Unrechtsbeschluß der Nazis aufzuheben. Jetzt soll angeblich die jüdische Gemeinde gefragt werden. Damit wären die Ortschaftsräte fein raus, so hoffen sie wenigstens. Und die Ortschaftsräte hätten womöglich noch die Lunte für antisemiti-

tische Kampagnen gelegt. Kein Problem hatte derselbe Ortschaftsrat damit, eine Straße in einem Grötzingen Neubaugebiet als Wisschauer Weg zu benennen, um Revancheabsichten gegen die tschechische Republik für die Zukunft noch weiter und noch besser pflegen zu können.

ÖKOLOGISCHES HEIZWERK: Heilbronn. Der Heilbronner Gemeinderat beschloß gegen den Willen des OB und gegen die Fraktionen von CDU und REP am alternativen Nahversorgungskonzept im Baugebiet Badener Hof festzuhalten. Ca 1000 Bewohner in 130 noch zu bauenden Gebäuden sollen ihren Wärmebedarf (Brauchwasser und Heizung) zu 80% aus Holzhackschnitzel, zu 10% aus Solarenergie und zu 10% in Spitzenlastzeiten aus Heizöl/Erdgas gewinnen. Dazu soll das ehemalige US Heizwerk entsprechend umgerüstet werden. 400 000 DM der insgesamt 2,6 Mio DM hohen Kosten kassiert die US Armee als „Entschädigung für die anteilmässige Nutzung des Heizwerkes“. Auch der Landkreis setzt bei der Erneuerung der veralteten Heizanlage am Berufsschulzentrum Böckingen auf eine moderne Holzfeuerungsanlage.

„KONZERN ESSEN“: Essen. Die Essener Verkehrs- und Versorgungsgesellschaft (EVV) soll künftig bestimmte Aufgaben der beiden Töchter Essener Verkehr AG und Stadtwerke übernehmen. Durch die Zentralisierung sollen Einspareffekte erzielt werden, u.a. im Bereich der Gebäudereinigung. Einen Arbeitsplatzabbau schloß Wolfgang Meyer, ab 1.5. Geschäftsführer der EVV, nicht aus. Meyer war bisher im Vorstand der EVAG. Mit dieser Personalentscheidung sind bereits Fakten geschaffen, den „Konzern Stadt Essen“ auszubauen. Als Farce bezeichnete deshalb die Ratsfraktion von B. 90/Die Grünen deshalb ein vom Stadtrat im März beschlossenes Gutachten zur Untersuchung der Organisationsstruktur des „Konzerns Stadt Essen“ durch ein externes Beratungsunternehmen. Das Gutachten, Kostenpunkt ca. 500.000 DM, sei reine Geldverschwendug, da es offensichtlich nur der Legitimation bereits getroffener Entscheidungen diene. In der entscheidenden Ratssitzung hatte die SPD noch erklärt, alles sei offen. Ein Antrag der Grünen zur Neuordnung der Verwaltungsspitze war mit Verweis auf das austehende Gutachten vertagt worden.

GENTECHNIKFREI: Hannover. In Niedersachsen hat das Volksbegehren für die Positivkennzeichnung gentechnikfreier Lebensmittel die erste Erfolgs-Hürde genommen. Den Gemeinden liegen die erforderlichen 25.000 gültigen Unterschriften vor, um der Landesregierung das Gesetz zur Zulassungsprüfung vorzulegen. **Zusammenstellung:** baf

GENERALSTREIK IN DÄNEMARK.

Seit Montag, 27. April, befinden sich rund 500 000 Beschäftigte der Privatindustrie im Generalstreik; viele Betriebe haben wegen Arbeitsmangel ausgesperrt. Es ist der erste große Arbeitskampf seit 1985. Die Forderung der Gewerkschaften: Verlängerung des tariflichen Urlaubs von 25 auf 30 Tage; Verlängerung des bezahlten Kindererziehungsurlaubs. Die dänische Regierung (sozialdemokratisch) könnte zwar per Gesetz den Streik beenden und einen Tarifvertrag in Kraft setzen. Das würde aber die sowieso ungewisse Zustimmung von Anhängern der Sozialdemokraten für das Referendum über den Amsterdamer EU-Vertrag am 28. Mai gefährden.

SCHLICHTUNG BEI TARIFVERHANDLUNGEN BAU/OST. Jede Kostensteigerung sei ausgeschlossen, so der Bauindustrieverband Berlin-Brandenburg im Vorfeld der Tarifverhandlungen. Stattdessen forderten die Arbeitgeber die Erweiterung der „Öffnungsklausel“, die die Senkung der Tariflöhne derzeit um bis zu 10% zuläßt, auf 15%. Am vergangenen Donnerstag scheiterten erwartungsgemäß dann die Tarifverhandlungen für das Tarifgebiet Ost nach zehnstündiger Verhandlung. Die Arbeitgeber boten zuletzt 1,2% Lohnerschöpfung an, die allerdings kostenneutral sein sollte durch eine Öffnungsklausel von 11%. Die IG BAU forderte 4%. Schlichter ist Heiner Geißler von der CDU.

Nach Angaben des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) halten sich weniger als die Hälfte der ostdeutschen Baufirmen an die Tarifverträge. Rund 30% zahlten unter Tarif – mehr oder weniger mit Billigung der Beschäftigten, d.h. die Beschäftigten werden mit Arbeitsplatzverlust erpreßt. Ein Viertel der Baufirmen hat Haustarife.

Bei den in der vergangenen Woche abgeschlossenen Tarifverhandlungen (West) wurde für Berlin, das ganz dazu zählt, erstmalig eine Öffnungsklausel von 6% vereinbart.

DIENSTLEISTUNGSGEWERKSCHAFT: ÖTV-Bauindustrieverband Berlin sagt grundsätzlich ja. Die Diskussion in den verschiedenen ÖTV-

Gliederungen des Bezirks Berlin hat vom Grundsatz her eine Zustimmung für den Zusammenschluß der Gewerkschaften DPG, GEW, HBV, IG Medien, ÖTV und DAG ergeben. Dabei ist die Befürwortung unter den „einfachen“ Mitgliedern größer als unter den ehren- und insbesondere hauptamtlichen Funktionären. Gleichzeitig wird jedoch der zeitliche Druck und die mangelnde Beteiligungsmöglichkeit am Prozeß kritisiert. Der Bezirksvorstand der ÖTV-Berlin hat deshalb beschlossen, daß die Berliner Mitglieder im Hauptvorstand der ÖTV nur unter folgenden Bedingungen der Politischen Plattform, welche die Grundlage für das Zusammensein bildet, zustimmen sollen:

1. Die Tarifverträge müssen weitergelten.

2. Die Mitgliedschaft zur neuen Organisation muß weiterbestehen, ohne daß jedes einzelne Mitglied neu beitreten muß.

3. Die Vermögensverhältnisse und die Leistungen der einzelnen Gewerkschaften müssen untereinander offengelegt werden, und es darf kein Zusammenschluß allein zu Lasten der ÖTV geben.

4. Der Zeitplan (Beschlußfassung im Dezember 98 über die wesentlichen Grundzüge der neuen Organisation) muß erweitert werden auf mindestens Februar 1999.

5. Einzelne Formulierungen (Frauen, SeniorInnen ...) müssen in der Plattform verbessert werden.

EIN WICHTIGER SIEG FÜR DEN FLÄCHENTARIF:

Die Verlängerung der Arbeitszeit bei Beru AG auf 37 Wochenstunden und die Kürzung des tariflichen Weihnachtsgeldes um zehn Prozent war illegal. Dies hat das Arbeitsgericht Stuttgart in einem von der IG Metall angestrengten Verfahren gegen den Ludwigsburger Zündelektronikhersteller entschieden. Damit sind auch die entsprechenden Absätze einer Betriebsvereinbarung über die angebliche Sicherung des Standortes unwirksam. Die Mehrheit des Betriebsrates hatte der Vereinbarung gegen den Rat der Betriebsratsvorsitzenden Marina Cee und gegen den Rat der Gewerkschaft zugestimmt, nachdem er massiv unter Druck gesetzt wurde.

Vorstandsvorsitzender Ulrich Ruetz drohte mit der Verlagerung eines Teils der Produktion nach Irland, hatte die Wirtschaftlichkeit dieser Maßnahme allerdings nie nachgewiesen. Das Stuttgarter Arbeitsgericht sieht in der Beru-Betriebsvereinbarung, die dem Unternehmen ein Plus von rund fünf Millionen Mark pro Jahr bescherte, einen erheblichen Verstoß gegen das Betriebsverfassungsgesetz: Die Tarifregelungen zur Arbeitszeit gehörten „zum Kernbereich des Tarifvertrages“. Da Tarifverträge Mindeststandards festlegen, erklärt der Rechtsvertreter der IG Metall Günther Stark, „und da Tarifverträge nur von den Tarifvertragsparteien, in diesem Fall der IG Metall und dem Verband der Metallindustrie (VMI), geändert werden dürfen, ist die Beru-Vereinbarung unwirksam“. Die gleiche Auffassung bestätigte zuvor in zweiter Instanz bereits das Stuttgarter Landesarbeitsgericht, das der Betriebsratsvorsitzenden Marina Cee Recht gab. Sie hatte zusammen mit ihrem Stellvertreter Wolfgang Zorr und zwei weiteren Kollegen in Einzelklagen gegen die tarifwidrige Kürzung des Weihnachtsgeldes gekämpft. Diese Urteile sind mittlerweile rechtskräftig. Beru hat nachgezahlt und hält sich beim Weihnachtsgeld seit 1997 wieder an den Tarifvertrag.

(IGM Regional, Zeitung der IG Metall für die Region Stuttgart, April 1998)

KRITISCHE AKTIONÄRE:

Unterstützung für ABB-Betriebschaft. Mit umweltverträglicher Energieerzeugung und Energiespartechnologie soll der Kraftwerk- und Maschinenbaukonzern ABB neue Arbeitsplätze schaffen und bestehende Jobs langfristig sichern. Dafür wollen Belegschaftsaktionäre gemeinsam mit dem Dachverband der Christlichen AktionärInnen und Aktionäre in der ABB-Hauptversammlung am Donnerstag, 23.4. in Mannheim kämpfen. Als Perspektiven für den ABB-Konzern, der im vergangenen Geschäftsjahr 1600 Arbeitsplätze vernichtet hat und weitere 865 vernichten möchte, seien der Dachverband und der ihm angeschlossenen Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) den Einstieg von ABB in Technologien

zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen und zur Energieeinsparung. Eine Studie des Wuppertal Instituts habe der Firma jüngst interessante Perspektiven aufgezeigt.

GEGEN LADENÖFFNUNG AM 1. MAI.

In einem offenen Brief wandte sich die Gewerkschaft hbv, Landesbezirk Thüringen an den Innenminister des Landes Thüringen, Richard Dewes, sowie die Ministerin für Soziales und Gesundheit, Irene Ellenberger und an alle Landtagsabgeordneten. Darin heißt es: „Im folgenden geht es um geplante Sonderöffnungen von Innenstädten am 1. Mai in Sondershausen, Bad Langensalza und anderen thüringischen Städten. Das Ladenschlußgesetz sieht im § 14 die Möglichkeit zur Sonderöffnung an Sonn- und Feiertagen vor, wenn es dafür einen nachvollziehbaren Grund, der in Form eines an diesem Tag stattfindenden Festes liegen kann, gibt. Für o.g. Anträge auf Sonderöffnung wird als Begründung ein Frühlingsfest und das Kornmarktfest angegeben. Ein Jahreszeitenfest kann aus unserer Sicht durchaus auch an einem anderen Tag als ausgerechnet am Feiertag der Arbeiterinnen und Arbeiter stattfinden ... In der Vergangenheit gab es in den Städten und Gemeinden bereits eine Reihe von Sonderöffnungen, welche in ihrer Begründung oftmals mit der „heißen Nadel“ gestrickt waren. Der Gipfel aller Anhörungen erscheint uns, und das ist auch der Grund dieses Briefes, im Begehr auf Öffnung der Läden am 1. Mai zu liegen. In Sondershausen sollen die Geschäfte der Innenstadt anlässlich des Frühlingsfestes von 11.00 bis 16.00 Uhr und in Bad Langensalza wegen des Kornmarktfestes ebenfalls von 11.00 bis 16.00 Uhr geöffnet werden. Nachdem bisher die Sonderöffnungen in der Regel an Sonntagen in Anspruch genommen wurden, soll nun der einzige Feiertag der Arbeitnehmer geopfert werden.“

Der 1. Mai ist bekanntmaßen der Tag der Arbeit. Wir betrachten diesen Versuch, den Tag der Arbeit buchstabengetreu als Arbeitstag zu nutzen, als eine Provokation, die sich nahtlos in die derzeitige politische Landschaft einfügt ...

Zusammenstellung: alk, har

Fürs „Hauptstadt“-Image gibt's Ausnahmeregelungen auch außerhalb des Gesetzes

In einem Flugblatt (Nicht nur ein „Fall Dussmann“) wendet sich die HBV Berlin gegen ein massives Unterlaufen der sowieso schon aufgeweichten Ladenschlußregelungen durch ein Bündnis von Kaufhäusern und Senat.

(...) Wir fanden in unserem Kampf für den Erhalt des Ladenschlußgesetzes viele Verbündete, Kirchen, Sportvereine, aber auch Arbeitgeberverbände haben sich mit uns gegen die Veränderung des Ladenschlußgesetzes engagiert. Es ging darum, wie es in einer gemeinsamen Stellungnahme der KdA (Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt) und HBV hieß, „Widerstand gegen den 24-Stunden-Tag zu leisten“. Arbeitgeberverbände, die ebenfalls für die Beibehaltung des Ladenschlußgesetzes waren, hatten sicherlich andere Interessen.

Diese vielfältige und breit angelegte Lobbyarbeit war nicht umsonst. Letztlich aber nicht ausreichend, um die Veränderung durch die Regierungskoalition von FDP und CDU im Bundestag zu verhindern. Die Tarifrunde 1996 im Berliner Einzelhandel war bereits voll im Gange, als die Entscheidung – das Gesetz zu verändern – im Bundestag fiel. Die Koalitionsmehrheit aus CDU und FDP verän-

derte das Gesetz dahingehend, das die Ladenöffnung von morgens 6.00 Uhr bis abends 20.00 Uhr von Montag bis Freitag zuließ. An Sonnabenden war die Öffnung von 6.00 Uhr morgens bis 16.00 Uhr nachmittag erlaubt.

Es ging nun in der Tarifrunde 1996 im Einzelhandel zusätzlich darum, die soziale Ausgestaltung der beabsichtigten Spätöffnung abzusichern. Die Unternehmer waren alles andere als bereit, uns in dieser Frage Zugeständnisse zu machen. Nachdem es in Rheinland-Pfalz zu einem ersten Abschluß mit Zuschlägen für die familienfeindlichen Zeiten nach 18.30 Uhr sowie zu Ausnahmeregelungen für bestimmte Beschäftigungsgruppen kam, kam bundesweit Bewegung in dieses Thema.

Um diese Absicherung letztlich auch in Berlin durchzusetzen, waren insgesamt 83 Arbeitskämpfe mit insgesamt 5 500 Teilnehmern erforderlich. Erst am 13. Oktober 1996 wurde das Tarifergebnis zum Ladenschluß paraphiert und unterschrieben. Möglicherweise war es die Nähe des 1. November, des Zeitpunkts, zu dem das neue Ladenschlußgesetz in Kraft trat, und die Berliner Unternehmer wollten ja davon Gebrauch machen, sowie natürlich auch unsere Arbeitskämpfe

fe, die die Unternehmer letztlich veranlaßt hatten, dieses Tarifergebnis mit der HBV-Berlin zu vereinbaren.

Wer nun geglaubt hatte, das Thema „Ladenschluß“ wäre nach der Vereinbarung bis 20.00 Uhr und den dazu vereinbarten Tarifverträgen beendet, der hat sich, zumindest hier in Berlin, gewaltig geirrt. Die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales (Senatorin Hübler, CDU) ist in Berlin zuständig für die Genehmigung von Ausnahmen nach dem Ladenschlußgesetz. Diese Ausnahmen betreffen einmal zusätzliche Zeiten an höchstens 6 Werktagen jährlich bis 21.00 Uhr gemäß §16 Abs. 1 Ladenschlußgesetz sowie zum anderen jährlich höchstens 4 Sonn- und Feiertage gemäß §14 Abs. 1 Ladenschlußgesetz. In den vergangenen Jahren wurden diese Ausnahmegenehmigungen immer maximal ausgeschöpft. D.h., die Senatsverwaltung hat sowohl die Sonntage als auch die Werktagen freigegeben. Hierbei war bei den Werktagen der Sonnabend verlängert worden, und zwar von der regulären Ladenschlußzeit um 16.00 Uhr wurde die Ladenschlußzeit auf 18.00 Uhr verlängert. Zu diesen Ausnahmegenehmigungen gab es regelmäßig Anhörungen. Die Gewerkschaftsvertreter hatten allerdings regelmäßig den Ein-



In der diesjährigen Tarifrunde in der Erfrischungsgetränkeindustrie Baden-Württembergs kam es bei der Coca Cola Erfrischungsgetränke AG (CCE AG) zum Arbeitskampf. Die CCE AG ist der größte Coca-Cola-Konzessionär in der BRD. Er umfaßt die fünf neuen Bundesländer, Bayern, Baden-Württemberg. Neben der Lohn- und Gehaltserhöhung, gefordert wurden 4,5%, stand eine Standortsicherung in Baden-Württemberg im Mittelpunkt. Außerdem forderte die N.G.G. eine tarifliche Klarstellung der 100% Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle. Nachdem sich Anfang März über 95% der Gewerkschaftsmitglieder für Arbeitskampf ausgesprochen hatten, war der Weg frei für den ersten unbefristeten Arbeitskampf bei Coca Cola. Täglich wurden neue Niederlassungen in den Arbeitskampf geführt, am Ende der zweiten Märzwoche waren bis auf drei Niederlassungen alle Ver-

triebsniederlassungen und Produktionsstandorte der CCE AG in Baden-Württemberg in den Arbeitskampf einbezogen. Nach viertätigem Arbeitskampf konnte folgender Abschluß erreicht werden: Die Löhne und Gehälter steigen ab 1. März 1998 im Ecklohn um 2,76%. Für die Monate Januar/Februar 1998 gibt es eine Pauschalzahlung von zusammen 320 DM. Das ergibt eine effektive Erhöhung im Volumen von 3,04%! Die 100%ige Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wird wie bisher beibehalten! Für jede Kurwoche wird nur 1 Urlaubstag angerechnet! Eine Altersteilzeitregelung mit Rechtsanspruch ab dem 59. Lebensjahr. Aufzahlung zum Nettoentgelt auf 82%, Rentenbeiträge auf 95%. Eine Vereinbarung zur Standort- und Beschäftigungssicherung! „Ein großer Erfolg“, heißt es in einem Flugblatt der Gewerkschaft N.G.G.

(aus Kommunaler ALLtag Heilbronn)

druck, lediglich alibhaft eingeladen worden zu sein.

Zwischen den anderen Diskutanten, den Vertretern der Senatsverwaltung, dem Einzelhandelsverband, der Industrie- und Handelskammer, Vertretern aus der Senatsverwaltung für Wirtschaft u.a., war die Sache in aller Regel klar. Es vermittelte sich der Eindruck, als befände man sich in einer Marketingabteilung des Einzelhandels. Weder die Senatsvertreter noch die Vertreter der anderen teilnehmenden Institutionen hielten es für notwendig und erforderlich, den Bedarf solcher Ausnahmeregelungen nachzuweisen. Im Gegenteil, die Gewerkschaften wurden angegriffen mit dem Argument, sie würden durch ihre Betriebsräte in den großen Kauf- und Warenhäusern gezielt diese Bemühungen um den „Standort Berlin“ sabotieren und unterlaufen.

Danach waren sich die Herrschaften immer sehr schnell einig und es wurde an Sonnabenden und Sonntagen zusammengepackt, was irgendwie paßte.

Von der in allen Kommentaren zum Ladenschluß gesprochenen restriktiven Handhabung bei der Genehmigung von Ausnahmen war und ist bei dieser Senatsverwaltung nichts zu spüren. Auch die Frage des sogenannten öffentlichen Interesses spielte überhaupt keine Rolle, es reichte das Interesse bestimmter Einzelhandelskreise. Dann gab es da ja noch einen Paragraphen (den §23 Abs. 1 und 2 des Ladenschlußgesetzes), der ebenfalls in Einzelfällen befristete Ausnahmen zuläßt. Hinzu mußte kommen, daß diese Ausnahmen im öffentlichen Interesse dringend nötig sind.

Von diesen Ausnahmegenehmigungen gab es im ehemaligen West-Berlin ca. 30 und seit der Wiedervereinigung Berlins in beiden Stadtteilen ca. 50. Diejenigen Betriebe, die sie erhalten haben, haben davon sehr unterschiedlich Gebrauch gemacht. Es gab auch Auflagen, wie z.B. daß während der verlängerten Öffnungszeit keine Arbeitnehmer zu beschäftigen sind und nur Waren des touristischen Bedarfs (d.h. keine Möbel, Kraftfahrzeuge, große Haushaltsgeräte, aber auch keine Lebensmittel), angeboten werden dürfen.

In aller Regel war die Ausnahmegenehmigung auf 22.00 Uhr beschränkt. In besonders begründeten Ausnahmen wurde auch die Erlaubnis bis 24.00 Uhr gewährt.

Die Gewerkschaften hatten mit diesen Ausnahmepraktiken in der Vergangenheit kaum Probleme. Jene Betriebe, die von diesen Ausnahmegenehmigungen Gebrauch machten, waren in aller Regel sehr klein und für unsere gewerkschaftliche Arbeit unbedeutend.

Dies änderte sich schlagartig mit einem Antrag des sogenannten Kulturkaufhauses Dussmann in der Friedrichstraße. Dieses Kaufhaus hat seit dem 14. März 1998 – befristet auf 1 Jahr – ebenfalls die Erlaubnis, auf der Grundlage einer Ausnahmegenehmigung bis 22.00

Uhr von Montag bis Sonnabend geöffnet zu haben. Die Größe des Hauses brachte es mit sich, daß man ohne Beschäftigte die 20.00 bis 22.00 Uhr nicht abdecken konnte. Um dieses Problem zu lösen, mußte man, so Peter Dussmann: „ein bißchen an der Beförderungsschraube drehen“! Es wurden kurzerhand 25 Beschäftigte zu leitenden Angestellten gemacht. Wer Leitender ist, ist im Betriebsverfassungsgesetz bestimmt. Die Leitenden bei der Fa. Dussmann werden mit Gehältern zwischen 2.900 und 3.100 DM entlohnt. Dafür ist dann auch gleich alle Mehr-, Sonn- und Feiertagsarbeiten mit dieser Bezahlung abgegolten. Das ist weniger als eine Vollzeitverkäuferin im letzten Berufsjahr nach Tarif bekommt.

Der Umfang der erwarteten Arbeitszeit ist, wen wundert das, auch nicht fixiert. Allerdings wurde zum Anreiz formal Prokura erteilt und es gibt die Beteiligung am Umsatz mit 5% für die zwischen 20.00 und 22.00 Uhr gemachten Umsätze.

Diese Regelung will die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales (welcher Hohn) auf das gesamte Stadtgebiet

Berlin ausdehnen. Dies hieße, das bestehende Ladenschlußgesetz mit der für uns nach wie vor wichtige Arbeitsschutzfunktion für die im Einzelhandel Beschäftigten wäre passé.

Es gibt an jedem Ort in dieser Republik einen schiefen Turm oder irgendein Denkmal, das touristisch attraktiv genannt werden könnte. Damit ließen sich dann letztlich an jedem Ort Ausnahmegenehmigungen begründen. Daß wir als Gewerkschaft HBV diesem Treiben nicht untätig zusehen können, versteht sich von selbst.

Die Senatsverwaltung verfügt inzwischen über ein Exemplar eines aktuellen Arbeitsvertrages und kann unschwer nachvollziehen, daß es sich bei den 25 Beschäftigten nie und nimmer um leitende Angestellte handelt. „Leidende“ wäre wohl eher die passende Bezeichnung.

Es ist nicht davon auszugehen, daß die Senatsverwaltung in diese Richtung recherchiert und Dussmann die Ausnahmegenehmigung entzieht.

Der Kampf um den Erhalt des Ladenschlußgesetzes geht weiter!

(hbv Landesbezirk Berlin, 24.4.98)

IG Medien Hamburg: Tarifbindung erkämpft

Streik bei der hdv-Druckerei



Ab Montag, dem 20. April streikten 20 Kolleginnen und Kollegen der hdv-Druckerei in Hamburg-Fuhlsbüttel für einen Haustarifvertrag. Die Firma war aus dem Verband der Druckindustrie Nord ausgetreten und verlangte von den Beschäftigten, auf soziale Standards des Flächentarifvertrages zu verzichten: Künftig sollten sie 40 statt 35 Stunden ohne Überstundenzuschläge arbeiten; bei gekürzten Spät- und Nachschichtzulagen sollte der Dreischicht-Betrieb über 24 Stunden aufgenommen werden; HDV wollte sich bei Auftragsmangel von der Beschäftigungs- und Entlohnungspflicht entbinden, Wochenendarbeit auf

Abruf durchsetzen und Beschäftigte an andere Firmen entleihen können.

Zunächst weigerte sich die Geschäftsleitung, mit der IG Medien in Verhandlungen zu treten. Bereits am 8. April hatten die Beschäftigten ihre Forderungen mit einem Warnstreik unterstrichen. Am gleichen Tag erklärte die Geschäftsleitung, daß sie nicht zum Abschluß eines Tarifvertrages bereit sei. Am Freitag, 17.4., wurde auf einer betrieblichen Mitgliederversammlung der IG Medien der Streik beschlossen und eine Streikleitung gewählt. Die Geschäftsleitung wurde nochmals aufgefordert, sofort Verhandlungen aufzunehmen. Ab Montag

wurde dann, wie erwähnt, gestreikt. am 22. April teilte dann der Landesbezirk Nord der IG Medien mit:

„Während des zweiten Streiktages verbuchten die Belegschaft den ersten Erfolg.

Es wurde am Dienstag eine Urabstimmung beschlossen und durchgeführt. Ergebnis: 18 von 21 abgegebene Stimmen, 18 stimmten mit Ja, keine Gegenstimmen. Anmerkung: alle Anwesenden (Urlaub etc.) einschließlich der „Streikbrecher“ stimmten somit für den Streik.

Am Dienstagnachmittag um 16 Uhr wurden die Verhandlungen aufgenommen, um 20 Uhr lag der unterschriftenreife Haustarifvertrag auf dem Tisch. Zunächst wollte die Firma erst am Donnerstag in Verhandlungen treten und verlangte dafür von den Streikenden, am Mittwoch früh wieder zur Arbeit zu erscheinen. Die Streikenden lehnten dies ab und machten gegenüber der Geschäftsleitung deutlich: Erst wenn der Tarifvertrag auf dem Tisch liegt, wird wieder gearbeitet. Offensichtlich hat man sich beim hdv-Management in der Einschätzung der Lage geirrt und nicht mit der Einigkeit der Belegschaft gerechnet. Dann wurde der IG Medien um 14 Uhr mitgeteilt, daß man um 16 Uhr zur Aufnahme der Verhandlungen bereit sei. Der IG Medien-Sekretär Peter Ahner wertete dies Dank der Geschlossenheit und Entschlossenheit der Belegschaft als ersten Erfolg. Jetzt ist noch eine letzte Hürde zu nehmen: Die hdv-Geschäftsleitung verlangte eine 24stündige Erklärungsfrist, die heute um 20 Uhr abläuft. Deshalb ist der Haustarifvertrag, der sich in allen wesentlichen Punkten am Flächentarifvertrag der Druckindustrie orientiert, nur paraphiert. Über die Materie Arbeitszeit wird es gesondert eine Betriebsvereinbarung geben. Die 35-Stundenwoche wird dabei nicht angetastet. Betriebsrat und IG Medien erklärten, daß nun mit der Geschäftsleitung verschiedene Arbeitszeitmodelle ausgehandelt werden, die sowohl den Bedürfnissen des Unternehmens wie auch der Beschäftigten Rechnung tragen. Angesichts der Erklärungsfrist setzte die IG Medien den Streik zunächst nur aus. Die Streikenden nahmen heute mit Beginn der Frühschicht die Arbeit wieder auf. Bis spätestens 20 Uhr erwartet die Gewerkschaft den unterschriebenen Tarifvertrag. Sollte die Firma dennoch in letzter Minute von der Vertragspflicht zurücktreten, wird der Streik unverzüglich mit voller Kraft wieder aufgenommen.

Am Mittwoch gegen Mittag traten die Unternehmer wieder in den Verband der Druck-industrie Nord ein. Eine am Nachmittag durchgeführte Betriebsverhandlung informierte die Kolleginnen und Kollegen bei der hdv-Druckerei. Bemerkenswert ist noch: dieses Ereignis fand parallel zum Scheitern der Lohn/Gehalt-Tarifverhandlungen in Bonn statt.“

(nach Lokalberichte Hamburg und cl)



Kundgebung vor Giddings & Lewis in Wendlingen am 5.2.98 gegen die Werksschließung und den Personalabbau in der Region.

Kampf um Arbeitsplätze

Thyssen-Konzern zahlt und setzt sich durch

Die Auseinandersetzung um das Giddings & Lewis-Werk in Wendlingen ist zu Ende. Anfang April hat eine Einigungsstelle mit Interessenausgleich und Sozialplan die Abwicklung der Werksschließung festgelegt.

Die Vorgeschichte: Der Thyssen-Konzern hatte mit dem Kauf des amerikanischen Maschinenbau-Konzerns Giddings & Lewis auch dessen Wendlinger Werk mit ca. 340 Beschäftigten erworben, sehr schnell dann aber dessen Schließung angesteuert. Mit Hüller-Hille in Ludwigsburg hatte Thyssen schon ein Werk für Transferanlagen im Konzern und war nicht bereit, für Wendlingen Produktalternativen ins Auge zu fassen. Mit einer brutalen Erpressung sollte obendrein der Belegschaft, dem Betriebsrat und der IG Metall der Schwarze Peter für die Schließung zugeschoben werden: Thyssen sei zu einer Weiterführung mit einem kleineren Teil der Belegschaft bereit, wenn bei Löhnen, Weihnachts- und Urlaubsgeld verzichtet und die Arbeitszeit bei abgesenkten Löhnen verlängert werde. Mit rund 15000 DM Verzicht im Jahr sollte jeder Beschäftigte in Wendlingen eine Kapitalrendite von 12,5% garantieren – und das in einem Konzern, der im Geschäftsjahr 1996/97 einen Rekordgewinn erzielt hat! Die neue Mini-Belegschaft wollte sich Thyssen unter Bruch gesetzlicher Verpflichtungen (Kündigungsschutz von Schwerbehinderten, Betriebsratsmitgliedern usw.) zusammenstellen können.

Nachdem auf dieser Basis keine Einigung erzielt wurde (und von Thyssen auch gar keine Einigung in einem erträglichen Rahmen gewollt war) und die vielfältigen Aktivitäten gegen die Schließung den Thyssen-Konzern nicht zum Rückzug zwingen konnten, mußte die Einigungsstelle den Personalabbau verhandeln. Die Thyssen-Vertreter lehnten dort erneut das Angebot einer „Pa-

ketlösung“ ab, die nach einer Presseerklärung der IG Metall „nahezu alle ursprünglichen Forderungen von Thyssen“ abgedeckt hätte. Also ging es um die Abfederung der Werksschließung mit folgenden Eckpunkten:

Ein Sozialplan regelt Abfindungen für Beschäftigte, die jünger als 55 Jahre und vier Monate sind (ein halbes Monatseinkommen mal Beschäftigungsjahre plus ein Grundbetrag von 5000 DM plus ein Kinderzuschlag von 2000 DM plus Alterszuschläge zwischen 3000 und 7000 DM gestaffelt ab dem 43. Lebensjahr plus Zuschläge im Fall von Schwerbehinderung).

Für Beschäftigte ab 55 Jahren und vier Monaten gilt ein Alterssozialplan: Sie können für bis zu zwei Jahren in eine Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft eintreten und erhalten anschließend in der Arbeitslosigkeit Aufzahlungen zum Arbeitslosengeld bis zum frühestmöglichen Rentenbeginn.

Die Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft wird unter dem Dach der REFUGIO Beschäftigungsgesellschaft des Reutlinger Rechtsanwalts Filzak gegründet. Neben den Älteren können die Jüngeren bis zu einem Jahr in dieser Gesellschaft verbleiben, die zunächst vor Arbeitslosigkeit bewahren, die Nettoeinkommen bei 80 bzw. 90% sichern und Qualifizierungsmaßnahmen organisieren soll.

Die Auszubildenden setzen die Ausbildung in anderen Unternehmen, zumeist bei Daimler-Benz, fort.

Die Gesamtkosten des Sozialplans schätzt die IG Metall auf 23 bis 27 Mio. DM, mit denen viel für die Weiterführung von Arbeit und Ausbildung hätte getan werden können.

(Angaben zum Ergebnis der Einigungsstelle aus: Presseerklärung der IGM Esslingen vom 7.4.1998)

(rok)

Winfried Wolf zum Spitzenkandidaten für die Landesliste gewählt

Das Intrigenspiel der Gruppierung um R. Pitterele im Landesverband und die massive Einmischung von Teilen des Bundesvorstandes in den Landesverband im Vorfeld der Aufstellung der Landesliste (s. *Politische Berichte* 6/98, S. 25) haben offensichtlich die Mobilisierung für die Kandidatur Winfried Wolfs nur bestärkt.

Ca. 130 Mitglieder (von 265) waren zur Wahl der Landesliste am 25.4.98 ins Gewerkschaftshaus nach Stuttgart gekommen.

Winfried Wolf hatte in den letzten vier Jahren eine solide Arbeit als Bundestagsabgeordneter der PDS geleistet und war auf der vorletzten Landesversammlung der PDS-Baden-Württemberg auch in den Landesvorstand gewählt worden.

Nachdem die Direktkandidatur W. Wolfs in Stuttgart durch Aufstellung und Wahl des Angestellten beim Landesvorstand M. Eiffler verhindert worden war und die Basisorganisation Ortenau die ehemalige Europaabgeordnete der Grünen Dorothee Piermont – begleitet von publizistischer Unterstützung aus den Reihen des Bundesvorstandes – für Platz 1 der Landesliste vorgeschlagen hatten, wählte die BO Mannheim W. Wolf einstimmig zum Direktkandidaten in Mannheim und schlugen ihn einstimmig für Platz 1 der Landesliste vor. In der begleitenden Presseerklärung aus Mannheim wurden u.a. „Versuche einzelner Mitglieder des Bundes- und Landesvorstandes, die Nominierung Wolfs auf Platz eins der Landesliste zu verhindern“, kritisiert.

Die Landesversammlung der PDS Baden-Württemberg begann mit einem Beitrag des Bundesgeschäftsführers Dietmar Bartsch über den Wahlparteitag der PDS und über die Ziele im Bundestagswahlkampf. Bartsch wies am Vortag der Wahlen in Sachsen-Anhalt auf die Gefahr starker Stimmengewinne für die DVU und die Notwendigkeit der Politik gegen reaktionäre und faschistische Politik hin. Bartsch enthielt sich dabei der Stellungnahme für oder gegen D. Piermont oder W. Wolf.

Nach einer Diskussion über Aufgaben in den Bundestagswahlen verabschiedete die Versammlung einstimmig eine Erklärung gegen die Versuche von CDU/CSU, SPD und Grünen, den Immunitätsausschuß des Bundestages als Wahlkampfinstrument zu missbrauchen und Gregor Gysi gegen die von FDP und PDS im Immunitätsausschuß vorgelegten Gegenpositionen des Mandantenvertrates durch Stasizusammenarbeit zu bezichtigen.

Nachdem D. Piermont und W. Wolf Gelegenheit zu einer ausführlichen Darstellung ihrer bisherigen Arbeit, ihrer Positionen und ihrer Vorschläge zur Umsetzung des Wahlprogrammes hatten, schloß sich eine mehrstündige Personaldebatte an. Wie das spätere Wahlergebnis zeigte, wurde dabei für die Versammlung deutlich, daß W. Wolf zur Unterstützung des weiteren Aufbaus des Landesverbandes und für die Bundestagswahlen die besseren Voraussetzungen für Platz 1 der Landesliste bietet. Die Personaldebatte zeigte, daß er insbesondere zu den Themen Wirtschaft, Soziales, Betrieb und Gewerkschaft, Innenpolitik die besseren praktischen Beiträge leisten kann, während sich D. Piermont weitgehend im internationalistischen und antimilitaristischen Bereich und da eher nur meinungsbildend betätigt hat.

Nach der sachlichen und aufschluß-

reichen Diskussion, nur ab und an unterbrochen von vergeblich personalisierend stimmungsmachenden Beiträgen aus den Reihen von Pitterle und Umgebung, fiel dann das Wahlergebnis für den Listenplatz 1 mit 77 Stimmen für W. Wolf und 49 Stimmen für D. Piermont bei 127 abgegebenen Stimmen sehr deutlich aus.

Danach wurden die weiteren Listenplätze gewählt. (Die weiteren acht Kandidatinnen und Kandidaten sind: Ulrike Küstler, Verwaltungsangestellte aus Stuttgart, - Prof. Otto Rössler, Chaosforscher aus Tübingen, - Ruth Fischbach-Ackermann, Ergotherapeutin aus Hagerloch, - Markus Jakovc, Student aus Heidelberg, - Gerlinde Straskeit, Arzthelferin aus Tübingen, - Barbara Schenk, Erzieherin aus Offenburg, - Helga Amail-Schoder, technische Zeichnerin aus Mannheim, - Johannes Müllerschön, Landmaschinenmechaniker aus Heilbronn.)

R. Pitterle, der sich, obwohl im und um den Landesverband nicht gerade unbekannt, mit Bild im Landesinfo für die Landesliste beworben und dabei generös auf die Kandidatur für Platz 1 zugunsten „einer qualifizierten Frau“ und auf Platz 2 zu Gunsten W. Wolfs verzichten wollte, trat nicht mehr zur Wahl an.

Das Zustandekommen und die Zusammensetzung der PDS-Landesliste Baden-Württemberg geben berechtigte Hoffnung auf ein aktives Eingreifen in die Bundestagswahlen, einen wirksamen Beitrag zur Entwicklung sozialistischer Politik in Baden-Württemberg und zur Sicherung eines erneuten Einzuges der PDS in den Bundestag. Nicht zuletzt sind die Ergebnisse der Landesversammlung auch ein weiterer Schritt auf dem Weg zur politischen Öffnung, zur praktischen Politik und darüber zur Klärung und Beseitigung der lähmenden innerverbandlichen Querelen.

chc

I N U N D

B E I D E R P D S

AG Interkulturelle Solidarität gebildet

Bei der PDS München hat sich eine Arbeitsgemeinschaft „Interkulturelle Solidarität“ gebildet.

Der Anstoß für die Gründung kam aus der kurdischen und aus der türkischen Bevölkerung Münchens. Das Interesse, an der politischen Gestaltung der BRD aktiv teilzunehmen, hat gerade hier deutlich zugenommen.

Die AG sieht sich nicht als Konkurrenz der vielfältigen Vereinigungen, die besondere politische und kulturelle Anliegen von Exilierten und Migranten pflegen. Es geht vielmehr darum, in die Mauерlücken zu reißen, mit der sich das politische und kulturelle System der BRD

von den Mitbürgern, die aus anderen Ländern und Kulturen kamen und kommen, abzuschließen versucht.

Erfolge sind da nur möglich, wenn die Bundespartei der PDS begreift, daß sie diesen Bevölkerungsgruppen entgegenkommen und ihre Anliegen in die Programmatik der Partei aufnehmen muß. Die AG bereitet zur Zeit einen Themenabend vor, auf dem mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundespartei über die Situation vor allem der jungen Generation pauschal so genannter Ausländer gesprochen werden soll, und auch darüber, welche politischen Antworten die PDS auf diese Probleme gibt.

Die AG ist, wie schon angedeutet, kein Ausländerverein bei der PDS, sondern eine Arbeitsgemeinschaft, die sich vorgenommen hat, politische Probleme in der BRD in einem Diskurs von Menschen mit verschiedenem kulturellem Hintergrund

anzugehen. Die Verkehrssprache in der AG ist das Deutsche, aber es wird auch übersetzt.

Neben der oben angesprochenen Veranstaltung mit der Bundespartei ist zur Zeit der sog. „muttersprachliche Unterricht“ ein heiß diskutiertes Thema. Was ist hier von der staatlichen Schule zu fordern? Was ist den freien Vereinen und Kulturträgern zu überlassen? Wie sollen die Kultur- (und Religions-)vereine ihr Verhältnis zur Öffentlichkeit einrichten? Was fehlt einem Menschen, dem man Unterricht in der Sprache und Kultur, in der er aufgewachsen ist, vorenthält? Was richtet das Deutschtum mit seiner Politik der Eindeutschung an sich selber an?

Wir hoffen, in absehbarer Zeit Diskussionsergebnisse aus diesem Themenkreis auch hier, in den *Politischen Berichten*, zur Diskussion stellen zu können.

PDS München, Martin Fochler

Dokumentiert

Die RAF erklärt ihre Auflösung

Vor fast 28 Jahren, am 14. Mai 1970, entstand in einer Befreiungsaktion die RAF: Heute beenden wir dieses Projekt. Die Stadtguerilla in Form der RAF ist nun Geschichte.

Wir, das sind alle, die bis zuletzt in der RAF organisiert sind. Wir tragen diesen Schritt gemeinsam. Ab jetzt sind wir – wie alle anderen aus diesem Zusammenhang – ehemalige Militante.

Wir stehen zu unserer Geschichte. Die RAF war der revolutionäre Versuch einer Minderheit – entgegen der Tendenz dieser Gesellschaft –, zur Umwälzung der kapitalistischen Verhältnisse beizutragen. Wir sind froh, Teil dieses Versuchs gewesen zu sein.

Das Ende dieses Projekts zeigt, daß wir auf diesem Weg nicht durchkommen konnten. Aber es spricht nicht gegen die Notwendigkeit der Revolte. Die RAF ist unsere Entscheidung gewesen, uns auf die Seite derer zu stellen, die überall auf der Welt gegen Herrschaft und für Befreiung kämpfen. Für uns ist diese Entscheidung richtig gewesen.

Zusammengekommen Hunderte von Jahren Gefängnis gegen die Gefangenen aus der RAF haben uns ebensowenig auslöschen können wie alle Versuche, die Guerilla zu zerschlagen. Wir haben die Konfrontation gegen die Macht gewollt. Wir sind Subjekt gewesen, uns vor 27 Jahren für die RAF zu entscheiden. Wir sind Subjekt geblieben, sie heute in die Geschichte zu entlassen.

Das Ergebnis kritisiert uns. Aber die RAF – ebenso wie die gesamte bisherige Linke – ist nichts als ein Durchgangsstadium auf dem Weg zur Befreiung.

Nach Faschismus und Krieg hat die RAF etwas Neues in die Gesellschaft gebracht: das Moment des Bruchs mit dem System und das historische Aufblitzen von entschiedener Feindschaft gegen Verhältnisse, in denen Menschen strukturell unterworfen und ausgebettet werden und die eine Gesellschaft hervorgebracht haben, in der sich die Menschen selbst gegeneinander stellen. Der Kampf im gesellschaftlichen Riß, den unsere Feindschaft markierte, griff einer wirklich gesellschaftlich werdenden Befreiung nur voraus: der Riß zwischen einem System, in dem der Profit das Subjekt, der Mensch das Objekt ist – und der Sehnsucht nach einem Leben ohne den Lug und Trug dieser sich sinnentleerenden Gesellschaft. Die Schnauze voll vom Buckeln, Funktionieren, Treten und Getretenwerden. Von der Ablehnung zum Angriff, zur Befreiung.

Als sich die RAF Anfang der 70er Jahre herausbildete, konnte jeder, der es wissen wollte, wissen, was die RAF wollte und wer sie war, konnte sich mit ihrer Kritik am Imperialismus auseinandersetzen, die sie mit der außerparlamentarischen Linken verband, und mit ihrer Begründung des bewaffneten Kampfes, der sie von den allermeisten Strömungen dieser Linken trennte. Anders heute. Wer die RAF war, was sie wollte, ist seit vielen Jahren kaum zu erfahren gewesen, und auch das Dokument, mit dem jetzt die Auflösung der RAF auch offiziell bekannt gegeben wird, gibt darüber eigentlich nicht Aufschluß. Es enthält, genau gelesen, keine Auseinandersetzung mit den Beweggründen für den bewaffneten Kampf und keine Analyse, worin die Niederlage besteht. Es enthält nicht einmal eine Auseinandersetzung mit den Beweggründen für das, was pauschal als „Aufbruch“ bezeichnet wird, nimmt nur sehr allgemein und vage Bezug auf politische Ziele. Es ist nicht kritisch. Wir veröffentlichen es gleichwohl (trotz seiner Länge nur ganz geringfügig gekürzt), weil es wahrscheinlich ein Dokument der Zeitgeschichte ist.

Von Seiten des Staates und des gesellschaftlichen Überbaus gab es im wesentlichen zweierlei Reaktionen. Zum einen wurden die zaghaften Stimmen, die für eine Aufhebung oder auch nur Lockerung der Antiterrortgesetzgebung plädierten, knallhart in die Schranken gewiesen. Diese Gesetze, so etwa Kanther, „sollen generell dem Phänomen Terrorismus entgegenwirken“. Da

mit der Auflösung der RAF der „Terrorismus“ und die sich daraus ergebende Bedrohung nicht entfallen seien, besteht auch „keine Veranlassung zu Veränderungen im strafrechtlichen oder strafprozeßualen Bereich“. Unschwer ist daraus die infame Drohung zu lesen, jeder Art von Widerstand gegen die imperialistische Politik der BRD wenn nötig mit der völligen Entfesselung der Staatsmacht zu begegnen. – Zum anderen fordert man, selbstgerecht und überzeugt, das letzte Wort zu haben, Reue über die von der RAF ausgeübte Gewalt ein, die man in der Auflösungserklärung vermisst. Deshalb sei noch einmal daran erinnert: Die brutale, offene, ungezügelte Gewalt kam ins politische Leben der BRD nicht durch Propaganda und Aktionen der RAF, sondern durch Propaganda und Aktionen der herrschenden Klasse, und zwar lange, bevor sich die RAF oder verwandte Bewegungen organisierten. Als Stichworte seien genannt das KPD-Verbot, die Notstandsgesetze, die Erschießung von Benno Ohnesorg, der Angriff auf Rudi Dutschke als Ergebnis reaktionärer Massenmobilisierung, die uferlose Aufrüstung der Polizei ... Vor allem aber das gegen die Völker des Trikont gerichtete Bündnis mit den USA, das in der moralischen, politischen, logistischen, finanziellen Unterstützung des Vietnamkrieges seinen deutlichsten Ausdruck fand.

Die Aufarbeitung der großen Konflikte der 60er und 70er Jahre ist nicht abgeschlossen. Vor allem fehlt die Aufarbeitung der politischen Verbrechen des deutschen Staatsapparats. scc

Die RAF entstand aus der Hoffnung auf Befreiung

Mit dem Mut im Rücken, der von den Guerillas des Südens bis in die reichen Länder des Nordens ausstrahlte, entstand am Anfang der siebziger Jahre die RAF, um aus der Solidarität mit den Befreiungsbewegungen einen gemeinsamen Kampf aufzunehmen. Millionen entdeckten in den Kämpfen des Widerstands und der Befreiung rund um den Globus auch eine Chance für sich selbst. Der bewaffnete Kampf war in vielen Teilen der Welt die Hoffnung auf Befreiung. Auch in der BRD sind es Zehntausende gewesen, die mit dem Kampf der militärischen Organisationen des 2. Juni, der RZ, der RAF und später der Roten Zora solidarisch waren. Die RAF entstand als Konsequenz aus den Diskussionen Tausender, die sich in der BRD am Ende der sechziger und den beginnenden siebziger Jahren als Weg zur Befreiung auseinandersetzten.

Die RAF nahm den Kampf gegen einen Staat auf, der nach der Befreiung vom Nazi-Faschismus mit seiner nationalsozialistischen Vergangenheit nicht gebrochen hatte. Der bewaffnete Kampf war die Rebellion gegen eine autoritäre Ge-

sellschaftsform, gegen Vereinzelung und Konkurrenz. Er war die Rebellion für eine andere soziale und kulturelle Realität. Im Aufwind der weltweiten Befreiungsversuche war die Zeit reif für einen entschiedenen Kampf, der die pseudonaturliche Legitimation des Systems nicht mehr akzeptiert und dessen Überwindung ernsthaft wollte.

1975-77

Mit der Besetzung der deutschen Botschaft 1975 in Stockholm begann eine Etappe, in der die RAF alles einsetzte, um ihre Gefangenen aus den Knästen zu befreien.

Es kam die Offensive 1977, in deren Verlauf die RAF Schleyer entführte. Die RAF stellte die Machtfrage. Es begann ein radikaler und entschiedener Versuch, gegen die Macht eine offensive Position für die revolutionäre Linke durchzusetzen. Der Staat wollte genau das verhindern. Das Explosive – die Eskalation dieser Auseinandersetzung – kam aber auch aus dem Hintergrund der deutschen Geschichte: der Kontinuität des Nazi-Nachfolgestaates, auf die die RAF mit der Offensive traf.

Schleyer, während des Naziregimes

Mitglied der SS, war wie viele Nazis aller gesellschaftlichen Ebenen wieder in Amt und Würden gekommen. Karrieren, die von den Nazis bis in die Regierungsämter der BRD, die Justiz, in den Polizeiapparat, in die Bundeswehr, die Medien und in die Konzernspitze führten. (...)

Der absolute Zwang zur Zustimmung zu allen Maßnahmen des Krisenstabes und die Verfolgung jeder kritischen Stimme bis zum Versuch, den politischen Gegner auszulöschen – das waren die gleichen Reaktionsmuster, in denen schon die Nazis handelten.

Die Aktionen der Offensive 1977 machten deutlich, daß es in der Gesellschaft Orte gibt, die in keiner Weise vom System einzubinden und kontrollierbar sind. Nach der Ausmerzung des Widerstandes durch die Nazis ist mit den Aktionen der Stadtguerillagruppen nach '68 ein von der Macht nicht mehr integrierendes Moment des Klassenkampfes in das postfaschistische Westdeutschland zurückgekehrt. Die Entführung Schleyers spitzte diesen Aspekt des Kampfes wesentlich zu.

Der Staat antwortete keineswegs passivisch, wie es heute oft gesagt wird. Er reagierte mit der Unterdrückung aller Äußerungen, die die Maßnahmen des Staates im Ausnahmezustand nicht voll unterstützten. Der Staat forderte die Unterordnung der gesamten Medien unter die Linie des Krisenstabs, woran diese sich zum größten Teil freiwillig hielten. Allen, die sich dem nicht unterordneten, drohte die Konfrontation mit dem System. Intellektuelle, von denen jede/r wissen konnte, daß sie nicht mit der RAF sympathisierten, aber dem staatlich verhängten Ausnahmezustand widersprachen, waren vor Hetze und Repression nicht mehr sicher.

Die zum Teil wehrmachtserfahrenen Mitglieder des Krisenstabs reagierten '77 im selben Muster, wie es auch die Nazis – wenn auch in weitaus barbarischerem Ausmaß – getan hatten, um antikapitalistische und antifaschistische Kämpfe nicht aufkommen zu lassen oder auszumerzen. Im NS-Faschismus wie auch 1977 zielte die staatliche Politik darauf ab, in der Gesellschaft keinen Raum mehr zwischen gehorcher Loyalität zum Staat im Ausnahmezustand auf der einen und Repression auf der anderen Seite zu lassen.

Nachdem sich immer deutlicher zeigte, daß der Staat Schleyer fallen lassen kann, kam es durch die Zustimmung der RAF für die Entführung eines zivilen Flugzeugs innerhalb der eigenen Offensive zu einer Guerilla-Aktion, die nur so verstanden werden konnte, als würde die RAF nicht mehr zwischen oben und unten in dieser Gesellschaft unterscheiden. Damit war im berechtigten Versuch, die Gefangenen aus der Folter zu befreien, die sozialrevolutionäre Dimension des Kampfes nicht mehr identifizierbar. Aus dem Bruch mit dem System und der Ab-

lehnung der Verhältnisse in dieser Gesellschaft – was die Bedingung für jede revolutionäre Bewegung ist – war der Bruch mit der Gesellschaft geworden.

Von den siebziger zu den achtziger Jahren

Die RAF hatte alles in die Waagschale geworfen und eine große Niederlage erlitten. Im Kampfprozeß bis zum Ende der siebziger Jahre hatte sich herausgestellt, daß die RAF aus dem 68er Aufbruch mit nur wenigen anderen übriggeblieben war. Viele aus der 68er Bewegung hatten sich zurückgezogen und nutzten ihre Chance zur Karriere im System.

Die RAF hatte als Teil der weltweiten antiimperialistischen Kämpfe den Befreiungskrieg in der Bundesrepublik aufgenommen. 1977 zeigte sich, daß sie weder die politische noch die militärische Kraft hatte, um die Situation auch nach der hervorgerufenen Reaktion – dem inneren Krieg – noch bestimmen zu können.

Es war berechtigt, die historische Situation am Anfang der siebziger Jahre zu nutzen und ein neues und in der Metropole unbekanntes Kapitel in der Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und Befreiung aufzuschlagen. Die Erfahrung der Niederlage von 1977 zeigte die Grenzen des alten Konzepts Stadtguerilla der RAF auf. Es konnte nur um ein neues Befreiungskonzept gehen.

Die Frontkonzeption der achtziger Jahre war der Versuch, dies zu erreichen. Die RAF wollte neue Verbindungen und die Grundlage für einen gemeinsamen Kampf mit radikalen Teilen der seit Ende der siebziger Jahre entstandenen Widerstandsbewegungen schaffen. Doch das Frontkonzept hielt im wesentlichen an den Grundzügen des alten Projektes aus den siebziger Jahren fest. Die bewaffnete Aktion blieb das zentrale und bestimmende Moment des gesamten als Befreiungskrieg bestimmten revolutionären Prozesses.

Die antiimperialistische Front der achtziger Jahre

Am Anfang der achtziger Jahre gab es viele Kämpfe, die sich gegen menschenfeindliche Projekte des Systems richteten, aber auch Ausdruck der Suche nach freien Lebensformen waren. Ein sozialer Aufbruch, der bereits im Jetzt nach dem Anfang einer anderen gesellschaftlichen Wirklichkeit suchte. Tausende aus den verschiedenen Bewegungen gingen in den Achtzigern gegen das auf die Straße, was auch die RAF seit '79 angreifen wollte: die Militarisierung der Politik der NATO-Staaten, die dem Westen „anderthalb“ Kriege gleichzeitig ermöglichen sollte – Krieg gegen die Sowjetunion und gleichzeitig die Kriegsinterventionen gegen Befreiungsbewegungen und Revolutionen wie in Nikaragua, die einen Schritt der Befreiung von den westlichen Diktaturen erkämpft hatten.

Die RAF ging davon aus, daß sie in die-

ser neuen Etappe nicht alleine bleiben würde. Das Konzept war von der Hoffnung getragen, daß sich militante Teile der verschiedenen Bewegungen in die gemeinsame Front stellen würden. Doch dieses Konzept enthielt keinen Ansatz, der damit umging, daß in dieser gesellschaftlichen Situation nur die wenigsten einen Sinn des Befreiungskampfes auf dem Niveau des Krieges sahen. Der Befreiungskampf, dessen zentrales Moment das des Krieges ist, macht nur Sinn, wenn es eine Chance gibt, daß Kräfte in der Gesellschaft bereit sind, ihn aufzunehmen; wenn es eine Chance gibt, daß er sich ausweitet – und wenn es wenigstens auf den radikalsten Teil der Bewegungen ist.

Aber selbst die, die solidarisch waren – und das waren nicht wenige –, haben den Kampf mit dieser Vorstellung nicht aufgenommen. Der Guerillakrieg braucht die Perspektive auf die Ausweitung auf eine neue Ebene des Kampfes. Diese für den Kampf der Guerilla existentielle Entwicklung haben wir nie erreichen können.

Die Vorstellung der RAF, die die bewaffnete Aktion zum Mittelpunkt des Kampfes bestimmte, unterbewertete die politischen und gegenkulturellen Prozesse außerhalb des politisch-militärischen Kampfes. Die Überwindung dieser strategischen Richtung, die in der Grundstruktur nicht über das Konzept der siebziger Jahre hinauskam, wäre die Voraussetzung für ein neues revolutionären Projekt gewesen. Die Front konnte das neue Befreiungsprojekt, das die Trennung zwischen den Bewegungen und der Guerilla aufhob, nicht sein.

Die RAF ging in den achtziger Jahren davon aus, daß der sozialrevolutionäre Ansatz im Angriff auf die zentralen Machtstrukturen des Imperialismus enthalten seien. Mit dieser Vorstellung wurde die Politik immer abstrakter. Es führte zur Aufspaltung von dem, was zusammengehört: Antiimperialismus und soziale Revolution. Der sozialrevolutionäre Ansatz verschwand aus Theorie und Praxis der RAF. Die auf die antiimperialistische Linie beschränkte Orientierung der antiimperialistischen Front war die Konsequenz. Die RAF ist an der sozialen Frage nicht identifizierbar gewesen. Ein Grundfehler.

Die Subsumierung jedes sozialen und politischen Inhalts unter den antiimperialistischen Angriff gegen das „Gesamtsystem“ produzierte falsche Trennung statt einen Prozeß der Einheit; und es führte zu einer Unidentifizierbarkeit an konkreten Fragen und Inhalten des Kampfes.

Die Wirkung in die Gesellschaft blieb begrenzt, denn die Vorstellung durchzukommen, indem gesellschaftliches Bewußtsein geschaffen wird und so der Konsens zwischen Staat und Gesellschaft aufgebrochen werden kann – ein zentrales Moment jedes revolutionären Prozesses –, verschwand zunehmend. Statt dessen versuchte die RAF, durch die

Schärfe des Angriffs das Herrschaftsgefüge des Staates zu zerrüttten. Die Priorität verschob sich zugunsten des militärischen Moments. Diese Gewichtung im Kampfprozeß blieb durch die ganzen achtziger Jahre hindurch erhalten und prägte unseren Kampf. (...)

Wir, die wir uns zum großen Teil erst spät in der RAF organisierten ...

... sind in der Hoffnung hierhergekommen, unseren Kampf in den sich verändernden Bedingungen nach den weltweiten Umbrüchen neu einbringen zu können. Wir suchten nach Veränderungen für den Befreiungskampf, nach einem neuen Weg, auf dem wir uns mit anderen würden verbinden können. Und wir meinten, in denen etwas wiederzuerkennen, die diesen Kampf vor uns aufgenommen hatten, gestorben sind oder in den Knästen waren. Auf uns hatte der Kampf in der Illegalität eine große Anziehungskraft gehabt. Wir wollten unsere Grenzen durchbrechen und frei sein von allem, was uns im System hält.

Der bewaffnete Kampf war für uns nicht mehr das einzige Mögliche und Notwendige des Befreiungsprozesses. Trotzdem wollten wir gerade angesichts der Krise der Linken überall auf der Welt die Stadtguerilla als Möglichkeit und die Illegalität als ein Terrain des Befreiungsprozesses weiterentwickeln. Aber wir sahen damals, daß das allein nicht ausreichen würde. Auch die Guerilla würde sich verändern müssen.

Unsere Hoffnung war eine neue Verbindung der Guerilla und anderen Orten des Widerstands in der Gesellschaft. Dafür suchten wir nach einem neuen

Entwurf, in dem die Kämpfe von den Stadtteilen bis zur Guerilla würden zusammenstehen können.

Es war uns wichtig, nach dem Zusammenbruch der DDR unseren Kampf in ein Verhältnis zur neu entstandenen gesellschaftlichen Situation zu bringen.

Wir wollten unsere Schritte in Beziehung zu all denen setzen, deren Träume mit dem Ende der DDR und ihrer Übernahme in die BRD untergegangen waren. Sei es, weil sie erkennen mußten, daß der Realsozialismus nicht wirklich Befreiung geschaffen hatte. Oder andere, die manchmal schon zu Zeiten der DDR in Opposition zum Realsozialismus waren und davon geträumt hatten, etwas jenseits von Realsozialismus und Kapitalismus erreichen zu können.

Die meisten von denen, die in der DDR gelebt hatten und 1989 den Anschluß an die BRD gefordert hatten, erahnten die neue depressive gesellschaftliche Situation, die sie mit hervorgerufen hatten, und den massenweisen Entzug sozialer Sicherheiten damals noch nicht. Wir wollten in dieser für alle unbekannten historischen Situation zwischen denen, die in der Konfrontation mit dem BRD-Staat um Befreiung kämpften, und anderen, die in der damals nicht mehr existierenden DDR mit der rassistischen und insgesamt reaktionären Entwicklung längst unglücklich waren, einen Bezug herstellen. Wir wollten das Feld weder der Resignation noch der Rechten überlassen.

Später sahen wir, daß der Dimension des Umbruchs nur ein neues und internationalistisches Befreiungsprojekt gerecht werden kann, dem die neue Realität

aus Ost und West zugrunde liegt. Die RAF mit der Verwurzelung allein in der Widerstandsgeschichte der alten BRD konnte dem nicht gerecht werden.

Der Versuch, die RAF noch in den Neunziger neu einzubinden, war ein unrealistisches Vorhaben.

Wir wollten eine Transformation der aus der 68er Bewegung entstandenen Konzeption zu einem neuen sozialrevolutionären und internationalistischen Konzept der Neunziger. Es war eine Zeit, in der wir nach Neuem suchten, aber behaftet von den Dogmen der vorangegangenen Jahre – nicht radikal genug über das Alte hinausgingen. Und so machten wir den Fehler, den alle von uns nach '77 machten: Wir überschätzten das Halten der Kontinuität unserer Konzeption für den Kampf. Aber grundsätzlich besteht die Gefahr, den bewaffneten Kampf zu diskreditieren, wenn er aufrechterhalten wird, ohne daß geklärt ist, wie er den revolutionären Prozeß spürbar voranbringt und zur Stärkung des Befreiungskampfes führt. Damit verantwortlich umzugehen, ist wichtig, denn sonst ist der bewaffnete Kampf nachhaltig diskreditiert – auch für eine andere Situation, in der er wieder gebraucht wird.

Die Krise, in der die Linke der achtziger Jahre an ihre Grenzen kam und sich bereits in Auflösung befand, machten unseren Versuch, die RAF in ein neues Projekt einzubinden, zu einer unrealistischen Sache. Wir waren viel zu spät – auch dafür, um die RAF nach einem Prozeß der Reflexion zu transformieren. Kritik und Selbstkritik haben ja nicht das Ziel, etwas zu beenden, sondern etwas weiterzuentwickeln. Das Ende der RAF ist letztlich keine Folge unseres Prozesses der (Selbst-)Kritik und Reflexion, sondern es ist notwendig, weil die Konzeption der RAF nicht das enthält, woraus jetzt etwas Neues entstehen kann. (...)

Nach unserer Niederlage von 1993 wußten wir, daß wir nicht alles einfach genauso weitermachen können, wie wir es mit dem Einschnitt in unserem Kampf 1992 begonnen hatten. Wir waren uns sicher, daß wir unsere Ziele richtig bestimmt, jedoch schwere taktische Fehler gemacht hatten. Wir wollten noch einmal mit denen, die noch in den Knästen waren, alles zusammen durchdenken und gemeinsam eine neue Etappe beginnen. Doch am Ende zeigte sich in der für uns schmerzlichen Spaltung eines Teils der Gefangenen von uns, in der wir zu Feinden erklärt waren, daß die Entstehungsbedingun-



Die RAF verstand sich als Teil, als „Fraktion“ eben, der außerparlamentarischen Linken. Bild: Internationaler Vietnam-Kongreß im Februar 1968. Ein vom Westberliner Senat erlassenes Demonstrationsverbot wird zu Fall gebracht: 12 000 demonstrieren gegen den Vietnam-Krieg. Auf der Abschlußkundgebung rufen sie zu einer Desertionskampagne von GIs und zu einer Kampagne „Zerschlägt die NATO“ auf.

gen der RAF – Solidarität und Kampf um Kollektivität – bereits vollständig verbraucht waren.

Unser Prozeß der eigenen Befreiung ...

... ist uns wichtig gewesen und dennoch immer wieder stagniert. Wir wollten Kollektivität genauso wie die gemeinsame Überwindung jeglicher Entfremdung. Aber der Widerspruch zwischen Krieg und Befreiung ist bei uns oft verdrängt und weggedeutet worden. Auch der revolutionäre Krieg produziert Entfremdung und Autoritätsstrukturen, was Befreiung widerspricht. Damit umzugehen, so daß wes sich nicht als Struktur festsetzt, ist nur möglich, wenn es ein Bewußtsein darüber gibt. Ansonsten verselbständigen sich neue Autoritätsstrukturen und Verhärtungen – sowohl in der Politik als auch in den Verhältnissen. Das zeigte sich unter anderem in den oft wechselseitig hierarchischen Strukturen der Front der achtziger Jahre und in den autoritären Zügen der Spaltung des Jahres '93. Und es zeigt sich in der Rückkehr zur Verbürgerlichung der Wahrnehmung und des Denkens, was in der Geschichte der RAF dahin führte, daß zu viele, die hier kämpften, die Berechtigung des gesamten Aufbruchs nicht mehr sehen können.

Es war ein strategischer Fehler, neben der illegalen, bewaffneten keine politisch-soziale Organisation aufzubauen.

In keiner Phase unserer Geschichte ist eine über den politisch-militärischen Kampf hinausgehende politische Organisierung verwirklicht worden. Das Konzept der RAF kannte letztlich nur den bewaffneten Kampf – mit dem politisch-militärischen Angriff im Zentrum.

In den grundlegenden Erklärungen der RAF bis Mitte der siebziger Jahre war diese wichtige Frage noch nicht geklärt, was kaum anders hätte sein können. Es gab in der Metropole kaum und in der BRD überhaupt keine Erfahrung mit der Stadtguerilla. Es war notwendig, vieles erst herauszufinden und sich praktisch als richtig oder falsch erweisen zu lassen. Trotzdem gab es eine Richtung an der entscheidenden Frage, ob das Befreiungsprojekt von einer illegalen Organisation für den bewaffneten Kampf ausgefüllt werden kann – oder aber, ob der Aufbau der Guerilla Hand in Hand gehen muß mit dem Aufbau von politischen Strukturen, die in Basisprozessen wachsen können. Unsere gefangenen GenossInnen schrieben dazu im Januar 1976, daß der bewaffnete Kampf aus der Illegalität die einzige Möglichkeit zu praktisch-kritischer Tätigkeit im Imperialismus sei.

Auch das Konzept vom Mai 1982 hielt trotz aller Widersprüchlichkeiten und obwohl es ein Versuch war, einen neuen politischen Zusammenhang mit anderen zu finden, an dieser fehlerhaften Vorstellung fest. Denn auch dieses Konzept brach nicht mit der Zentralität des bewaffneten Kampfes in der Metropole. Die



Ulrike Meinhof. Sie kam am 8.5.1976 im Hochsicherheitstrakt Stuttgart-Stammheim unter bis heute nicht genau geklärten Umständen zu Tode.

politischen Aktivitäten, die aus dem Frontprozeß kamen, erstreckten sich meist auf die Vermittlung des Angriffs innerhalb der Strukturen der radikalen Linken.

Das Ausbleiben einer politischen Organisierung über mehr als zwanzig Jahre hinweg hatte zu jeder Zeit einen insgesamt schwachen politischen Prozeß zum Ergebnis. Die Überschätzung der Wirkung politisch-militärischer Aktionen in der Metropole der letzten Jahrzehnte ist für dieses Konzept Voraussetzung gewesen.

Die RAF setzte ihre Strategie des bewaffneten Kampfes in den verschiedenen Phasen unterschiedlich um und kam dabei zu keinem Zeitpunkt in das Stadium, in dem der militante Angriff dahinkommt, wo er hingehört: zur taktischen Option einer umfassenden Befreiungsstrategie. Diese Schwäche hat auch dazu beigetragen, daß unsere Organisation am Ende der über mehr als zwei Jahrzehntelangen Etappe nicht mehr transformiert werden konnte. Die Voraussetzungen, um den Schwerpunkt des Kampfes auf die politische Ebene zu heben – wie wir es 1992 wollten –, waren nicht vorhanden. Aber das war letztlich auch nur eine Folge des zugrunde liegenden strategischen Fehlers.

Die ausbleibende politisch-soziale Organisierung ist ein entscheidender Fehler der RAF gewesen. Es ist nicht der einzige, aber ein wichtiger Grund, weshalb die RAF kein stärkeres Befreiungsprojekt aufbauen konnte und letztlich die entscheidende Voraussetzung fehlt, im Aufbau einer nach Befreiung suchenden und kämpfenden Gegenbewegung einen stärkeren Einfluß auf die gesellschaftliche Entwicklung zu nehmen. Fehler des Konzepts wie dieser, der die RAF in ihrer gesamten Zeit begleitete, zeigen, daß das Konzept der RAF in den Befreiungsprozessen der Zukunft keine Gültigkeit mehr haben kann. (...)

Die RAF stand immer im Widerspruch zu den Bewußtseinsmentalitäten eines Großteils dieser Gesellschaft. Das ist ein

notwendiges Moment des Befreiungsprozesses, denn nicht nur die Verhältnisse sind reaktionär, sondern die Verhältnisse produzieren das Reaktionäre in den Menschen, das ihre Fähigkeit zur Befreiung immer wieder neu unterdrückt. Ohne Zweifel ist es existentiell, Rassismus und jegliche Form von Unterdrückung entschieden entgegenzutreten und sie zu bekämpfen. Befreiungsentwürfe der Zukunft werden sich aber auch daran messen lassen müssen, einen Schlüssel zu dem reaktionär eingeschlossenen Bewußtsein zu finden und das Bedürfnis nach Emanzipation und Befreiung zu wecken.

Die Realität der Welt zeigt heute, daß es besser gewesen wäre, der weltweite Aufbruch, aus dem auch die RAF kam, wäre durchgekommen.

Der weltweite Aufbruch, aus dem auch die RAF kam, ist nicht durchgekommen, was bedeutet, daß die zerstörerische und ungerechte Entwicklung bis jetzt noch nicht umgedreht werden konnte. Schwerer als Fehler, die wir gemacht haben, wiegt für uns, daß wir noch keine ausreichenden Antworten auf diese Entwicklung sehen. Die RAF kommt aus dem Aufbruch der letzten Jahrzehnte, der die Entwicklung des Systems zwar nicht genau hat vorhersagen können, doch die Bedrohung, die in ihr liegt, erahnt hat. Wir wußten, daß dieses System weltweit immer weniger Menschen eine Möglichkeit für ein Leben in Würde lassen wird. Und wir wußten, daß dieses System den totalen Zugriff auf die Menschen will, so daß diese sich den Werten des Systems selbst unterwerfen und sie zu den eigenen machen. Aus dieser Ahnung kam unsere Radikalität. Für uns gab es mit diesem System nichts zu verlieren.

Unser Kampf – die Gewalt, mit der wir uns gegen die Verhältnisse stellten – hat eine schwierige, eine schwerwiegende Seite. Auch der Befreiungskrieg hat seine Schatten. Menschen in ihrer Funktion für das System anzugreifen, ist für alle Revolutionäre auf der Welt ein Widerspruch zu ihrem Denken und Fühlen – zu ihrer Vorstellung von Befreiung. Auch wenn es im Befreiungsprozeß Phasen gibt, in denen das als etwas Notwendiges gesehen wird, weil es diejenigen gibt, die die Ungerechtigkeit und die Unterdrückung wollen und die Macht, die sie oder andere haben, verteidigen. Revolutionäre sehnen sich nach einer Welt, in der niemand darüber entscheidet, wer ein Recht auf Leben und wer es nicht hat. Trotzdem hat die Aufregung über unsere Gewalt auch irrationale Züge. Denn der tatsächliche Terror besteht im Normalzustand des ökonomischen Systems.

Die RAF ist die Antwort für die Befreiung noch nicht gewesen – vielleicht ein Aspekt von ihr

Auch wenn heute noch so viele Fragen offen sind, sind wir uns sicher, daß aus der Befreiungsidee der Zukunft nur dann der

Kern freier Verhältnisse entstehen kann, wenn sie die tatsächliche Vielfalt in sich trägt, an denen die Verhältnisse umgeworfen werden müssen. „Die richtige Linie“, die Aspekte des Lebens außer acht läßt, weil sie dafür nicht effizient zu sein scheinen, ist ebenso unbrauchbar wie die Suche nach dem revolutionären Subjekt.

Das Befreiungsprojekt der Zukunft kennt viele Subjekte und eine Vielfalt von Aspekten und Inhalten, was mit Beliebigkeit nichts zu tun haben muß. Wir brauchen eine neue Vorstellung, in der die vielleicht unterschiedlichsten einzelnen oder soziale Gruppen Subjekte sein können und die sie trotzdem zusammenbringt. Insofern kann das Befreiungsprojekt der Zukunft in keinem der alten Konzepte der BRD-Linken seit '68 – weder in der RAF noch in anderen – gefunden werden.

Die Freude, ein umfassendes, ein autoritäres und dennoch verbindlich organisiertes Projekt der Befreiung aufzubauen, liegt noch unverbraucht und vor allem noch wenig versucht vor uns.

Wir sehen, daß es auch in diesem Teil der Welt überall diejenigen gibt, die versuchen, Wege aus der Sackgasse zu finden. Uns machen auch die Hoffnung, die überall bis in die abgelegensten Winkel dieses Landes – wo die kulturelle Hege monie der faschistischen Rechten heute keine Seltenheit ist – den Mut haben, sich gegen Rassismus und Neonazis zusammenzutun, sich und andere zu verteidigen und zu kämpfen.

Es ist notwendig zu sehen, daß wir uns in einer Sackgasse befinden. Da kann es auch völlig richtig sein, etwas, was man theoretisch auch weiterführen könnte, loszulassen. Unsere Entscheidung, etwas zu beenden, ist Ausdruck der Suche nach neuen Antworten. Wir wissen, daß uns diese Suche mit vielen auf der ganzen Welt verbindet. Es wird noch viele Diskussionen geben, bis alle Erfahrungen zusammen ein realistisches Bild der Geschichte geben. Wir wollen Teil der gemeinsamen Befreiung sein. Wir wollen an unseren eigenen Prozessen etwas wieder erkennbar machen und von anderen lernen. Auch das schließt alte Konzeptionen von Avantgarden, die die Kämpfe führen, aus. Wenn auch „Avantgarde“ seit vielen Jahren nichts mehr mit unserem Verständnis vom Kampf zu tun hatte, so läßt die alte Konzeption der RAF die tatsächliche Aufhebung davon nicht zu. Auch deswegen können wir dieses Konzept loslassen.

Die Guerillas der Metropolen haben den Krieg, den die imperialistischen Staaten außerhalb der Zentren der Macht führen, in das Herz der Bestie zurückgetragen.

Trotz allem, was wir besser anders gemacht hätten, ist es grundsätzlich richtig gewesen, sich gegen die Verhältnisse in der BRD zu stellen und zu versuchen, die Kontinuitäten der deutschen Geschichte mit Widerstand zu durchkreuzen. Wir wollten dem revolutionären Kampf auch

in der Metropole eine Chance eröffnen.

Die RAF hat auf einem gesellschaftlichen Terrain den Kampf aufgenommen und mehr als zwei Jahrzehnte zu entwickeln versucht, das historisch von wenig Widerstand und dem Ausbleiben einer Bewegung gegen den Faschismus, dafür um so mehr von einer zu Faschismus und Barbarei loyalen Bevölkerung geprägt war.

Die Befreiung vom Faschismus mußte anders als in anderen Ländern von außen kommen. Einen selbstbestimmten Bruch „von unten“ mit dem Faschismus gab es hier nicht. Es sind in diesem Land wenig gewesen, die sich gegen den Faschismus stellten; zu wenige, die die Spur der Menschlichkeit legten. Sie, die im jüdischen, im kommunistischen – und in welchem antifaschistischen Widerstand auch immer – kämpften, sind uns wichtig gewesen. Und das werden sie immer sein. Sie waren die wenigen Lichtblicke in der Geschichte dieses Landes, seitdem der Faschismus '33 begonnen hatte, alles Soziale in dieser Gesellschaft abzutöten.

Im Gegensatz zu ihnen hat der Trend dieser Gesellschaft so gut wie immer akzeptiert, was die Mächtigen sagen; die Autorität bestimmt, was legitim ist. In der sozialen Zerstörung dieser Gesellschaft, die eine Voraussetzung für den Völkermord der Nazis war, ist bis heute die Gleichgültigkeit gegen den/die andere/n ein wesentliches Moment. Die RAF hat nach dem Nazi-Faschismus mit diesen deutschen Traditionen gebrochen und ihnen jegliche Zustimmung entzogen. Sie kam aus dem Aufbruch dagegen. Sie hat nicht nur diese nationalen und gesellschaftlichen Kontinuitäten abgelehnt, sondern an die Stelle dieser Negation einen internationalistischen Kampf gesetzt, dessen Praxis den deutschen Staat und die Herrschaftsverhältnisse in der Bundesrepublik ebenso ablehnte und angriff wie auch Militärstrukturen ihrer NATO-Verbündeten.

Überall auf der Welt versuchte dieses Bündnis, in dessen Hierarchie der US-Staat die treibende Kraft und die unangefochtene Führung war, die sozialen Rebellionen und die Befreiungsbewegungen mit Militärs und Krieg niederzuschlagen. Die Guerillas der Metropolen haben den Krieg, den sie außerhalb der Zentren der Macht führten, in das Herz der Bestie zurückgetragen.

Wir haben gewalttätige Verhältnisse mit der Gewalt der Revolte beantwortet.

Es ist uns nicht möglich, auf eine glatte und fehlerlose Geschichte zurückzublicken. Aber wir haben etwas versucht und dabei viele von den Herrschenden gesetzte und von der bürgerlichen Gesellschaft verinnerlichte Grenzen überschritten. Die RAF konnte keinen Weg zur Befreiung aufzeigen. Aber sie hat mehr als zwei Jahrzehnte dazu beigetragen, daß es den Gedanken an Befreiung heute gibt. Die Systemfrage zu stellen, war und ist legitim, solange es Herrschaft und Unterdrückung an Stelle von Freiheit,

Emanzipation und Würde für alle auf der Welt gibt.

Aus dem Kampf der RAF sind immer noch neun frühere Militante im Gefängnis. Wenn auch der Kampf um Befreiung noch lange nicht vorbei ist, so ist diese Auseinandersetzung historisch geworden. Wir unterstützen alle Bemühungen, die dazu führen, daß die Gefangenen aus dieser Auseinandersetzung aufrecht aus dem Knast rauskommen.

Wir möchten in diesem Moment unserer Geschichte alle grüßen und ihnen danken, von denen wir auf dem Weg der letzten 28 Jahre Solidarität bekommen haben, die uns in verschiedenster Weise unterstützt haben und die von ihrer Grundlage aus mit uns zusammen gekämpft haben. Die RAF hat entschieden zum Kampf um Befreiung beitragen wollen.

Diese revolutionäre Intervention in diesem Land und in dieser Geschichte hätte es nie geben können, wenn nicht viele, die sich nicht selbst in der RAF organisierten, etwas von sich in diesem Kampf gegeben hätten. Hinter uns allen liegt ein gemeinsamer Weg. Wir wünschen uns, daß wir uns alle auf den unbekannten und verschlungenen Pfaden der Befreiung zusammen mit vielen anderen wiederfinden.

Wir denken an alle, die überall auf der Welt im Kampf gegen Herrschaft und für Befreiung gestorben sind. Die Ziele, für die sie sich einsetzen, sind die Ziele von heute und morgen – bis alle Verhältnisse umgeworfen sind, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist. Ihr Tod ist schmerzlich, aber niemals umsonst. Sie leben in den Kämpfen und der Befreiung der Zukunft weiter.

Wir werden die GenossInnen der palästinensischen Befreiungsfront PFLP nie vergessen, die im Herbst 1977 in internationaler Solidarität beim Versuch, die politischen Gefangenen zu befreien, ihr Leben ließen. Wir wollen heute besonders an alle erinnern, die sich hier dafür entschieden, im bewaffneten Kampf alles zu geben, und in ihm gestorben sind. Unsere Erinnerung und unsere ganze Achtung gilt denen, deren Namen wir nicht nennen können, weil wir sie nicht kennen, und

Petra Schelm, Georg von Rauch, Thomas Weißbecker, Holger Meins, Katharina Hammerschmidt, Ulrich Wessel, Siegfried Hausner, Werner Sauber, Brigitte Kuhlmann, Wilfried Böse, Ulrike Meinhof, Jan-Carl Raspe, Gudrun Ensslin, Andreas Baader, Ingrid Schubert, Willi-Peter Stoll, Michael Knoll, Elisabeth van Dyck, Juliane Plambeck, Wolfgang Beer, Sigurd Debus, Johannes Timme, Jürgen Peemöller, Ina Siepmann, Gerd Albartus, Wolfgang Grams.

Die Revolution sag: ich war ich bin ich werde sein.

Rote Armee Fraktion, März 1998

Wider die Gewöhnung

Der rechte Zeitgeist und seine Abwehr

am 15./16. Mai 1998 in Nürnberg veranstaltet von der Bundestagsgruppe und dem Parteivorstand der PDS

Vom Rechtsextremismus gehen heute große Gefahren für die Demokratie aus. Entwarnung ist nicht angesagt. Das Ausmaß rechtsextremer Gewalt ist gegenüber den Vorjahren gestiegen. Umstrukturierungen im rechtsextremen Spektrum, die wachsenden Gefahren aus der Mitte der Gesellschaft. Ereignisse und Entwicklungen in der Bundeswehr, an Hochschulen und Universitäten sowie weiteren gesellschaftlichen Bereichen geben Anlaß zur Sorge und erfordern Gegenwehr. Deshalb auch im Wahljahr 1998 eine Konferenz gegen Rechts. Wir haben dazu VertreterInnen von Parteien und Gewerkschaften, aus Wissenschaft und Politik, aus antifaschistischen Organisationen und andere am Thema interessierte Menschen eingeladen. Der Veranstaltungsort Nürnberg bietet viele historische Bezugspunkte zum Thema der Konferenz. Im Rahmen der Konferenz finden mehrere Veranstaltungen statt.

ABLAUF DER KONFERENZ

Freitag, 15.5.98

15.00 Gewerkschaftshaus' Kornmarkt 5-7
„Nürnberg in Geschichte und Gegenwart“ - Einführungsbeitrag von Dr. Eckardt Dietzfelbinger danach antifaschistische Stadttrundfahrt (nur für angemeldete KonferenzteilnehmerInnen)

19.00 Gesellschaftshaus Gartenstadt, Buhenschlag 1 Rechtsstaat oder rechter Staat? Für eine neue Politik in der Bundesrepublik!

Eine öffentliche Diskussionsveranstaltung mit Astrid Rothe (Bündnis 90/Die Grünen), Dieter Lattmann, Schriftsteller (München), Utz W. Ulrich (FDP-Stadtrat, Nürnberg), Gregor Gysi (MdB, PDS)

Samstag, 16.5.98

Gewerkschaftshaus Kornmarkt 5-7 – Wider die Gewöhnung - der rechte Zeitgeist und seine Abwehr – 9.30 Eröffnung der Konferenz

10.00 Beiträge im Plenum sowie Anfragen und Statements u.a. mit:

Andreas Kuhlmann, Gewaltbeauftragter der Evangelischen Schulen in Berlin/Brandenburg zu „Lebenswelten Jugendlicher - Ursachen der Gewaltbereitschaft“ Ulla Jelpke (MdB PDS) über „Das braune Netz und seine Förderer. Die Verantwortung der Bundesregierung für rechtsextreme Strukturen und Politik.“

Prof. Dr. Christoph Butterwegge (Köln), „Abschied vom Sozialstaat - Die Stunde rechter Demagogen?“

Gaby Zimmer, stellv. Bundesvorsitzende der PDS - „Erfahrungen demokratischer Gegenwehr in der Auseinandersetzung mit dem rechten Zeitgeist“

Peter Brosche, Darmstädter Signal - „Die Bundeswehr und die Rechte“

Prof. Dr. Hajo Funke (Berlin) - „Der aufhaltsame Marsch der neuen Rechten durch die Institutionen“ (vorläufiges Thema)

13.00 Mittagspause

14.00 Arbeitsgruppen u.a. mit Prof. Dr. Kurt Pätzold (Berlin), Prof. Dr. Ulrich Schneider (Kassel), Prof. Dr. Manfred Weißbecker (Jena), Eva Bulling-Schröter (MdB-Ingolstadt), Dr. sc. Norbert Madloch (Berlin), Prof. Dr. Helmut Kellershohn (angefragt), Fred Dellheim (Berlin), Prof. Dr. Heinrich Fink (Berlin), Bayerischer Flüchtlingsrat. AG I - Extremismus der Mitte AG II - Zwischen akzeptierender Jugendarbeit und „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft“ - Über Chancen und Probleme, die Spirale rechter Gewalt zu stoppen AG III Rechtsextremistische und rechtskonservative Hegemoniebestrebungen im geistig-kulturellen Leben der Gesellschaft AG IV Antifaschistische und antirassistische Projekte stellen sich vor. Erfahrungen Auseinandersetzung mit Rechts

17.30-18.00 Abschlußplenum (Prof. Dr. Ludwig Elm, MdB)

19.30 Kulturzentrum Bleiweiß
Konferenzausklang Fest mit afrikanischem Essen, Disko und Livemusik von „Bari Sangare“ und „Argile“

Ich nehme an der Konferenz teil:

Name.....

Adresse.....

Ich möchte eine Übernachtungsmöglichkeit für

30 DM 40 DM 60 DM über 60 DM

Folgende AG interessiert mich.....

Bitte Einsenden an: PDS Parteivorstand, z.H. Klaus Böttcher, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, Tel.: 030/2400, Fax: 030/24009342, e-Mail: parteivorstand@pds-online.

Die Tagung wird vorbereitet und durchgeführt von der AG Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Parteivorstand der PDS und den Büros der Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke und Prof. Dr. Ludwig Elm.

•••► **Beilage:**

Dieser Ausgabe liegt die Nummer 7 der „Ergebnisse und Materialien“ des Forums kommunistischer Arbeitsgemeinschaften bei.

ADRESSEAUFLKLEBER

Politische Berichte

**ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHIEBT VIERZEHNTÄGLICH**

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Gutenbergstraße 48, 70176 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Martin Fochler, Emil Hruska, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030/69 40 10 39, Fax: 030/69 40 10 41.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761/34961

Regionales West und Ost: Jörg Detjen, (West), GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21/21 16 58, Fax: 02 21/21 53 73.; Rüdiger Lötzer, (Ost) s.o. „Aktuelles...“. **Regionales West und Ost** wird in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Linke Kommunalpolitik hergestellt.

Aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler, GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11/ 62 47 01, Fax: 0711/62 15 32.

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seiten: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040/43 18 88 20, Fax: 040/43 18 88 21.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11/ 62 47 01, Fax: 0711/62 15 32.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78 DM (Förderabo 130 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 67,60 DM, Sozialabo: 52 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

Halb- Jahresabo (39 DM / 78 DM je Einzelabo)

Halb- Jahres-Förderabo (65 DM / 130 DM).

Halb- Jahres-Sozialabo (26 DM / 52 DM).

Halb- Jahresabo neue Länder (33,80 DM / 67,60 DM)

Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart